

DEZENTRALISIERUNGSPOTENZIALE
IN DER
BUNDESVERWALTUNG

Zahlen und Fakten

Peter Bußjäger
Georg Keuschnigg
Christian Mayr
Yvonne Ohnewas
Christoph Schramek

FÖDOK 40

*DEZENTRALISIERUNGSPOTENZIALE
IN DER
BUNDESVERWALTUNG*

Zahlen und Fakten

Peter Bußjäger
Georg Keuschnigg
Christian Mayr
Yvonne Ohnewas
Christoph Schramek

© **Herausgeber und Verleger:**
Institut für Föderalismus
Maria-Theresien-Straße 38 b, 6020 Innsbruck,
Tel 0512 / 57 45 94 FAX-Nr 0512 / 57 45 94-4

Für den Inhalt verantwortlich:
Institutsdirektor Univ.-Prof. Dr. Peter Bußjäger

Innsbruck 2017

ISBN-Nr 978-3-901965-40-1

Vorwort

Es ist notorisch, dass die österreichische Bundesverwaltung im Vergleich zu Deutschland und der Schweiz, aber auch zu vielen anderen europäischen Staaten überaus zentralistisch, nämlich konzentriert in der Bundeshauptstadt, umgesetzt ist (Dazu näher *Bußjäger/Keuschnigg/Radosavljevic*, Der Bund und seine Dienststellen, Födok 35, 2015). In der vorliegenden Studie wird der Versuch unternommen, ein valides Datenmaterial zur vorläufigen Einschätzung der Dezentralisierungspotenziale der Bundesverwaltung zu erstellen und die Grundlagen für politische Diskussionen und Entscheidungen aufzubereiten. Vertiefende Untersuchungen über weitere Dezentralisierungspotenziale, insbesondere im Bereich der ausgegliederten Gesellschaften und Körperschaften, werden jedoch erforderlich sein.

Die Institut für Verwaltungsmanagement GmbH (Autoren: *Mayr/Ohnewas*) hat für diese Arbeit die Erhebungen über die Einrichtungen der Bundesverwaltung durchgeführt und im Kapitel VII. „Mengengerüste“ in Berichtsform dargestellt. Alle anderen Beiträge stammen vom Institut für Föderalismus (Autoren: *Bußjäger/Keuschnigg/Schramek*).

Innsbruck, im März 2017

Peter Bußjäger, Direktor des Instituts für Föderalismus

Kurt Promberger, Geschäftsführer der Institut für Verwaltungsmanagement GmbH

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis

I.	Summary	1
II.	Auf einen Blick	3
III.	Auftrag	4
IV.	Methodik	4
V.	Einleitende Bemerkungen	5
A.	Internationale Dezentralisierungstrends	5
B.	Dezentralisierung als Antwort auf sozioökonomische Herausforderungen	7
C.	Kriterien der Dezentralisierung von Verwaltungsaufgaben	9
VI.	Exkurs: Ausgewählte Beispiele dezentraler Organisation	11
A.	Heimatstrategie in Bayern	11
B.	Agenturen der Europäischen Union	12
a)	Allgemeines	12
b)	Die einzelnen Agenturen im Überblick	14
c)	Die räumliche Verteilung der EU-Agenturen	16
VII.	Mengengerüste	17
A.	Einleitende Bemerkungen zur Datenerhebung	17
a)	Personalstand und Personalaufwand	17
b)	Alters- und Qualifikationsstruktur	17
B.	Ergebnisse aus der Erhebung	18
a)	Personalstand	18
b)	Personalaufwand	22
c)	Exkurs: Alters- und Qualifikationsstruktur	24
C.	Abschließende Zusammenfassung	26
VIII.	Handlungsempfehlungen	28
IX.	Literaturverzeichnis	31
X.	Quellenverzeichnis	32
XI.	Anhang: Liste der berücksichtigten Einrichtungen	33

Abkürzungsverzeichnis

BKA	Bundeskanzleramt
BMI	Bundesministerium für Inneres
BMEIA	Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres
BMJ	Bundesministerium für Justiz
BMLVS	Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport
BMF	Bundesministerium für Finanzen
BMASK	Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz
BMG	Bundesministerium für Gesundheit
BMFJ	Bundesministerium für Familien und Jugend
BMB	Bundesministerium für Bildung
BMWFW	Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft
BMVIT	Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie
BMLFUW	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
nachg. DST	nachgeordnete Dienststelle
ParlDion	Parlamentsdirektion-Verwaltung
PRK	Präsidenschaftskanzlei
RH	Rechnungshof
VA	Volksanwaltschaft
VBÄ	Vollbeschäftigtenäquivalent
VfGH	Verfassungsgerichtshof
VwGH	Verwaltungsgerichtshof

I. Summary

Der Auftrag des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft an das Institut für Föderalismus lautete, valide Zahlen über die Dezentralisierungspotenziale der österreichischen Bundesverwaltung zu ermitteln und Empfehlungen für eine Dezentralisierungsstrategie zu erarbeiten. Damit sollen verlässliche Grundlagen für die politische Diskussion geschaffen werden.

Während die Bundesländer Burgenland und Niederösterreich als Umland und Einzugsgebiet der Metropolregion Wien profitieren, haben die restlichen sechs Bundesländer mit einem starken Sog des Zentralraums und mit einem veritablen Brain Drain zu kämpfen. Die Erwerbsstatistik der Statistik Austria weist für diese Bundesländer in den Jahren 2013/2014 einen negativen Wanderungssaldo von 5.123 Personen aus. Damit verlieren sie in zehn Jahren mehr als 50.000 überwiegend gut ausgebildete Fachkräfte. Da sich mehr als 50 Prozent der Studienplätze in Wien befinden, wird diese Entwicklung schon mit einem Studentinnen- und Studentenstrom aus den Bundesländern grundgelegt.

Das bundesstaatliche Prinzip wird in Österreich im Gegensatz zu den Nachbarländern Deutschland und Schweiz überaus zentralistisch umgesetzt. Auch viele andere europäische Staaten sind stärker dezentralisiert, selbst wenn sie keine Bundesstaaten sind. Ein Vergleich der Bundesverwaltungen Österreichs und der Schweiz ergibt, dass in Österreich der Bund ca. vier Mal so viele Personen beschäftigt wie die Schweizer Bundesverwaltung. Das spiegelt in erster Linie die wesentlich stärkeren Kompetenzen der schweizerischen Kantone wider. In Zahlen: Die österreichische Bundesverwaltung beschäftigt in den Zentralstellen und im nachgelagerten Bereich mehr als 130.000 Personen, die Schweiz 35.000. Zieht man Lehrerinnen und Lehrer, Exekutivdienst, Militärdienst, Richterdienst und Staatsanwaltschaften ab, so ist das Verhältnis im klassischen Verwaltungsdienst immer noch beinahe 2:1 (44.000 zu 25.000).

Qualität und Effizienz sind auch in der staatlichen Verwaltung die obersten Prämissen. Im digitalen Zeitalter gibt es kaum Argumente, aus diesen Gründen eine Dezentralisierung der Bundesverwaltung abzulehnen. Die Europäische Union hat ihre 44 Agenturen, die überwiegend hochkomplexe Materien bearbeiten, auf 33 größere und kleinere Städte in 23 Ländern verteilt, was in keiner Weise einen negativen Einfluss auf Qualität und Effizienz der Arbeit hat.

Auch wenn weiterhin ein erheblicher Forschungsbedarf besteht, kann auf der Basis dieser Studie der Spielraum für eine Dezentralisierungsstrategie mit Zahlen unterlegt

werden: Derzeit sind mit vier Ausnahmen¹ alle Leitungsfunktionen von Einrichtungen der Bundesverwaltung in Wien konzentriert. Eine höhere Karriere ist nur mit einem Ortswechsel möglich. Da viele Verwaltungsorganisationen in der Fläche arbeiten (Schulwesen, Exekutive, Bundesheer), kommt für eine Dezentralisierungsstrategie vor allem der klassische Verwaltungsdienst in Frage, das sind in Österreich 44.654 Personen. Nach Abzug jener Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die jetzt schon in dezentralisierten Dienststellen (Finanzämter, unmittelbare Bundesbehörden in den Ländern u.a.) arbeiten, verbleibt eine Größenordnung von rund 35.000 Personen. Die Empfehlung, in zehn Jahren zehn Prozent davon zu dezentralisieren, dürfte somit ein realistischer Rahmen für eine ambitionierte Politik sein.

Nicht eingeschlossen in diese Betrachtung sind die ausgegliederten Rechtsträger mit ca. 102.000 Bediensteten und die staatlichen Beteiligungen, deren Bearbeitung den Rahmen dieser Studie sprengen würde. Sozialversicherungen, ÖBB, ORF u.a. sind teilweise noch zentralistischer organisiert als die staatliche Verwaltung. Als Beispiel möge dienen, dass ORF und ÖBB jeweils mehr als 20 Gesellschaften mit beschränkter Haftung betreiben, die zum größten Teil ihren Sitz in Wien haben. Das Allgemeine Krankenhaus (AKH) ist durch seine Dimensionierung ein Zentralisierungstreiber im Medizinsektor.

1 *Bußjäger/Keuschnigg/Radosavljevic*, Der Bund und seine Dienststellen. Die Standorte der Bundesvollziehung als Wirtschaftsfaktor und Potenzial der Verwaltungsreform (2015).

II. Auf einen Blick

Zahlen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der österreichischen Bundesverwaltung, Stichtag 31. Dezember 2014 (Personalbericht des Bundes):

Ministerien	9.645
Nachgeordnete Dienststellen	121.347
Ausgelagerte Organisationen	102.154 ²
GESAMT	233.146
Davon Verwaltungsdienst:	44.654

Top 3 der nachgeordneten Dienststellen:

- Lehrerinnen und Lehrer	37.910
- Exekutive (Landespolizeidirektionen)	27.913
- Militärischer Dienst	13.675

Top 3 der Ausgliederungen:³

- ÖBB	40.710
- Universitäten	35.287
- Arbeitsmarktservice	5.287

Personalaufwand (Ministerien, nachgeordnete Dienststellen und ausgegliederter Bereich):

15,4 Milliarden Euro⁴

2 Bericht gemäß § 42 Abs. 5 BHG (2015); Referenzjahr 2014; eigene Berechnung.

3 Bericht gemäß § 42 Abs. 5 BHG, (2016); Referenzjahr 2015; eigene Berechnung.

4 Referenzjahr 2014; eigene Berechnung.

III. Auftrag

Am 22. Februar 2017 beauftragte das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft das Institut für Föderalismus mit der Erstellung einer Studie zum Thema „Dezentralisierungspotenziale Österreichs“. Der Bericht sollte u.a. aus einem Management-Summary von ca. 15 Seiten bestehen. Die Lieferung wurde mit 31. März 2017 in Aussicht genommen.

Die Erhebung der Ist-Situation wurde wie folgt spezifiziert:

- **Erarbeitung eines Erhebungsmodells** zur Sicherstellung einer einheitlichen Datenaufbereitung
- **Festlegung der Bundeseinrichtungen**, deren Mitarbeiter/innen-Struktur erhoben wird:
 - o Bundesministerien inklusive nachgelagerter Dienststellen und Beteiligungen
- **Datenerhebung und -aufbereitung:**
 - o Anzahl Mitarbeiter/innen (VBÄ)
 - o Personalaufwand
 - o Qualifikations- und Altersstruktur

Die Datenerhebung und -aufbereitung erfolgte durch das IVM.

IV. Methodik

Zur gewählten Terminologie wird bemerkt, dass der Begriff „Dezentralisierung“ zwei Komponenten aufweist: Einerseits die Verlagerung ministerieller Zuständigkeiten oder sonst durch eine zentrale Behörde erledigter Aufgaben auf nachgeordnete Dienststellen, andererseits die räumliche Verlagerung von Dienststellen, mögen sie auch bundesweite Zuständigkeiten aufweisen, innerhalb des Bundesgebietes.

Demgegenüber wird die Eingliederung von Behörden der Bundesverwaltung in die Landesverwaltung, die in einem weiteren Sinne ebenfalls Dezentralisierung ist, im gegebenen Kontext zur besseren Begriffsabgrenzung als „Föderalisierung“ verstanden.⁵

5 Der Begriff der „Föderalisierung“ ist unscharf, weil die Vollziehung in mittelbarer Bundesverwaltung eben keine Vollziehung durch die Länder, sondern durch den Bund darstellt (besser: dezentralisierte Verwaltung unter der Weisungs- und Aufsichtsbefugnis des Bundes; mwN *Schramek*, Gerichtsbarkeit im Bundesstaat [2017], S. 127 ff). Trotzdem sieht auch der VfGH die mittelbare Bundesverwaltung als Wesenselement des österreichischen Föderalismus (VfSlg 11.403/1984).

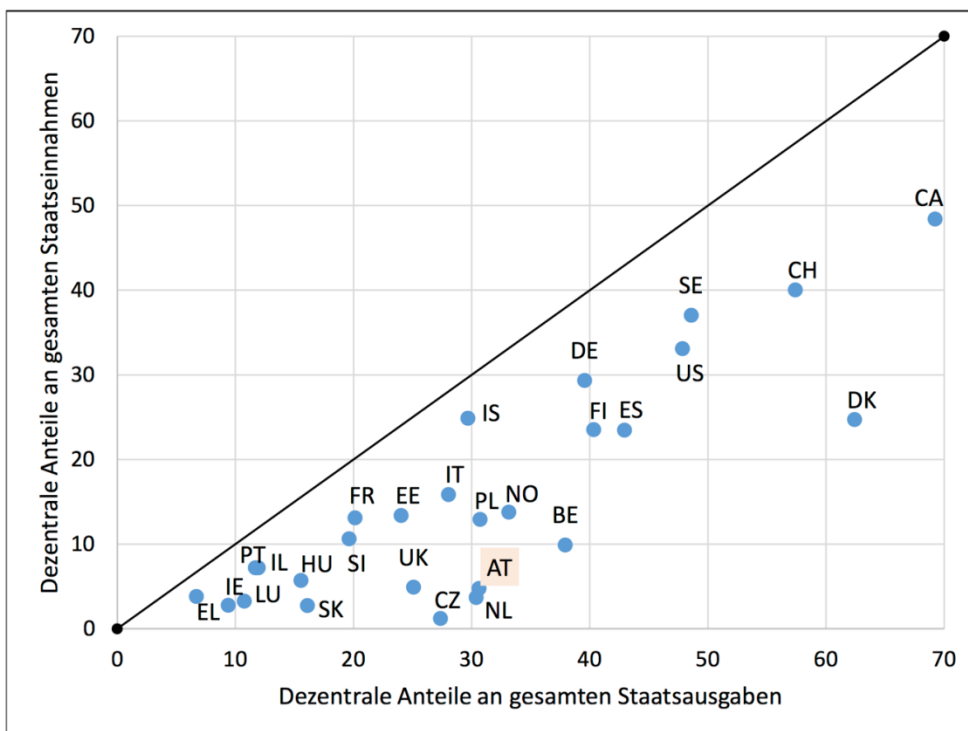
V. Einleitende Bemerkungen

A. Internationale Dezentralisierungstrends

In Österreich wird das bestehende Mehr-Ebenen-System, das verfassungsrechtlich föderalistisch ausgerichtet ist, überaus zentralistisch umgesetzt. Dies gilt sowohl für die Gesetzgebung, besonders aber auch für die Verwaltungsstrukturen. Der Zentralisierungsgrad in der Vollziehung fällt nicht nur im direkten Vergleich mit den Nachbarstaaten Deutschland und Schweiz auf, sondern auch im Hinblick auf viele weitere Staaten Europas und letztlich auch die Europäische Union.⁶

Eine Betrachtung des Dezentralisierungsgrades Österreichs unter finanzwissenschaftlichen Kriterien bestätigt dieses Bild^{7, 8}:

Abb. 1: Dezentralisierungsindex nach finanzwissenschaftlichen Kriterien



6 Dazu näher *Bußjäger/Keuschnigg/Radosavljevic*, Bund, S. 10 ff.

7 Entnommen aus *Keuschnigg*, WPZ Analyse Nr. 11. Dezentralisierung von Staatsaufgaben (2016), S. 5.

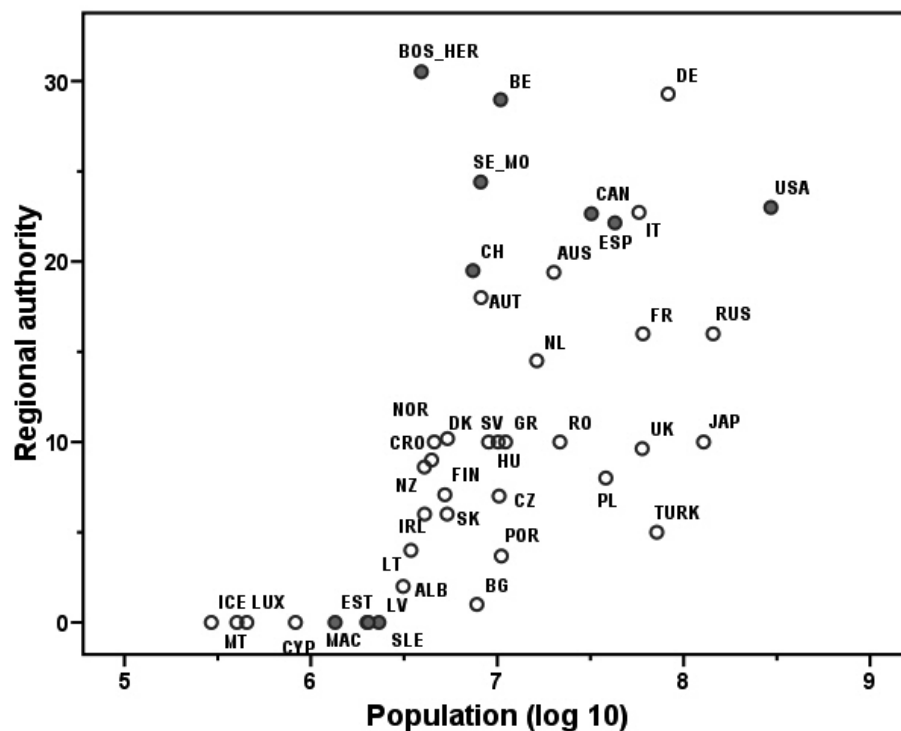
8 Siehe zum folgenden Abschnitt auch *Bußjäger*, Sind föderale – und im Besonderen die österreichischen – Staatsstrukturen Ausnahmefälle?, in: Karl et al (Hrsg.), *Steirisches Jahrbuch für Politik* 2016 (2017), S. 59 ff.

Abb. 1 demonstriert, dass auch regionale Einheiten dezentralisierter Einheitsstaaten ein hohes Ausmaß an Finanzautonomie genießen können (vgl. Dänemark, Schweden), das deutlich über jenem der österreichischen Länder liegt.

Hooghe/Marks/Schake⁹ haben die Entwicklung von 42 Demokratien im Zeitraum von 1950 bis 2006 untersucht. Nicht weniger als 31 Staaten haben im Untersuchungszeitraum Verfassungsreformen durchgeführt, die sich mit Fragen der regionalen Untergliederung befassten. 29 Staaten stärkten dabei die dezentralisierte Aufgabenbesorgung.¹⁰

Abb. 2 aus Hooghe/Marks/Schake¹¹ misst Dezentralisierung im Kontext der Bevölkerungszahl und zeigt, dass sich Österreich, was den Stellenwert der „regional authority“ betrifft, nur relativ wenig von dezentralisierten Einheitsstaaten wie Niederlande und Frankreich unterscheidet. Auch diese haben sich in den letzten Jahrzehnten stark dezentralisiert.

Abb. 2: Bedeutung regionaler Kompetenzen nach Hooghe/Marks/Schake 2010



9 Hooghe/Marks/Schake, The Rise of Regional Authority. A Comparative Study of 42 Democracies (1950 – 2006) (2010).

10 Siehe dazu auch Haller, Die Zukunft der Regionen in Europa. Föderalismus und Dezentralisierung auf dem Prüfstand, in: Kriechbaumer/Bußjäger (Hrsg.), Das Februarpatent 1861. Zur Geschichte und Zukunft der österreichischen Landtage (2011), S. 36.

11 Figure 4.2. aus Hooghe/Marks/Schake (siehe oben FN 9).

Der im internationalen Vergleich übergroße Anteil der Vollziehung auf der zentralstaatlichen Ebene wird besonders durch einen Vergleich mit der schweizerischen Bundesverwaltung unterstrichen: Während die österreichische unmittelbare Bundesvollziehung (Ministerien und nachgeordnete Dienststellen) ca. 130.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufweist und zusätzlich 102.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ausgegliederten Gesellschaften oder Körperschaften tätig sind, wird in der Schweiz eine Begrenzung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundes bei 35.000 diskutiert. Dieser Vergleich besagt nichts über den Gesamtumfang der öffentlichen Verwaltung in der Schweiz, sehr wohl aber viel über deren Aufstellung. Aufgrund des starken schweizerischen Föderalismus befinden sich viele Agenden, für die in Österreich der Bund zuständig ist, in der Hand der Kantone. Durch die große Zahl (26) der Kantone und das geringe Volumen der Bundesverwaltung ist somit automatisch eine hohe Föderalisierung der öffentlichen Verwaltung gegeben. Der Zahlenvergleich veranschaulicht sehr gut die Bandbreite von zentraler und dezentraler Verwaltungsorganisation. Bei der österreichischen Bundesverwaltung sind 130.992 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angestellt, in der Schweiz 35.000. Der Personalstand des Bundes ist somit knapp vier Mal so groß wie jener der Schweiz. In der Schweiz sind für Lehrerinnen und Lehrer, Exekutivdienst, Richterdienst, Staatsanwaltschaften u.a. die Kantone zuständig. Selbst wenn man den reinen Verwaltungsdienst nimmt und bei der Schweiz den Militärdienst herausrechnet, ist der österreichische Verwaltungsdienst mit 44.654 Personen (31.12.2014) beinahe doppelt so groß wie der schweizerische mit 25.500.

B. Dezentralisierung als Antwort auf sozioökonomische Herausforderungen

Wie alle westlichen Gesellschaften steht Österreich vor der Herausforderung, seine Governance- und Verwaltungsstrukturen den geänderten Verhältnissen anzupassen. Stichworte für den Paradigmenwechsel, der sich im Laufe von Jahrzehnten aufgebaut und verstärkt hat, sind die Entwicklung zur Bildungs- und Wissensgesellschaft, die Digitalisierung aller Lebens- und Wirtschaftsbereiche, eine historisch nie gekannte Mobilität auf regionaler wie globaler Ebene sowie neue Ansprüche an die demokratische Partizipation. Eine der Folgen dieser Veränderungsprozesse ist die Urbanisierung, verbunden mit einer strukturellen Ausdünnung peripherer Regionen. Der Brain-Drain vor allem in Richtung Bundeshauptstadt ist beachtlich. Die Erwerbsstatistik 2014 der Statistik Austria, erstellt am 30. September 2016,¹² weist für

12 Vgl Statistik Austria unter www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/volkszaehlungen

die Jahre 2013/14 die Wanderung nach Wohn- und Herkunftsbundesland aus. Während Burgenland und Niederösterreich an der Kraft des Zentralraums teilhaben, weisen die sechs restlichen Bundesländer einen jährlichen Negativsaldo von 5.123 Personen aus. In zehn Jahren verlieren diese Länder daher mehr als 50.000 meist hervorragend ausgebildete Personen, die Studierenden nicht eingerechnet.

Die Forschung liefert viele Hinweise, dass gut austarierte dezentrale Systeme wirtschaftlich erfolgreicher sind als zentralistische. Global führende Ökonomien wie USA, Kanada, Deutschland, aber auch erfolgreiche Kleinstaaten wie Schweiz und Belgien sowie die wirtschaftlich starken skandinavischen Staaten sind föderalistisch und/oder stark dezentral organisiert. Das Wirtschaftsforschungsinstitut BAK Basel Economics AG hat in der Studie „Durch Subsidiarität zum Erfolg“¹³ nachgewiesen, dass Dezentralisierung in vielen Politikbereichen ein Erfolgsfaktor ist. Der empirische Teil der Baseler Analyse basiert auf zwei Datensätzen: Der erste Datensatz enthält 29 Länder, der zweite 234 Regionen in 16 westeuropäischen Ländern. „Sowohl im Landes- wie im Regionendatensatz ist der Dezentralisierungsindex deutlich positiv und statistisch signifikant“, schreiben die Autoren: „Je höher die Dezentralisierung, umso höher das BIP pro Kopf“.

Der deutsche Politikwissenschaftler *Roland Sturm* betont, dass „ökonomische Wachstumsprozesse in allen hochentwickelten Industriestaaten heute nur noch sehr bedingt zentral steuerbar bzw. durch eine Politik der globalen Beeinflussung von Investitionsbedingungen“ gelenkt werden können.¹⁴ Viel stärker als früher habe Wirtschaftspolitik „raumrelevant“ zu sein. Dies sei nicht von oben herstellbar, sondern „ein Politikmuster, das dezentraler Definitionsanstrengungen und entsprechend territorial bezogenem Engagement“ bedürfe.

Auf europäischer Ebene werden diese Entwicklungen durch die Bildung von Makroregionen, Verbänden der territorialen Zusammenarbeit (EVTZ), INTERREG-Projekten u.a. unterstützt.

Im Hinblick auf die optimale Entwicklung regionaler Lebens- und Wirtschaftsräume, der Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten für hoch- und höchstqualifizierte Personen in den Regionen, dem „besseren Erkennen und Umsetzen regionaler Prioritäten und Handlungsmöglichkeiten“¹⁵, aber auch im Sinne der besseren

[_registerzaehlungen_abgestimmte_erwerbsstatistik/bevoelkerung_nach_demographischen_merkmalen/index.html#index1>](#) (abgerufen am 12.5.2017).

13 *BAK Basel Economics AG*, From Subsidiarity to Success: The Impact of Decentralization on Economic Growth (2009).

14 *Sturm*, Die Industriepolitik der Bundesländer und die europäische Integration (1991), S. 138.

15 *Sturm*, Industriepolitik, S. 133.

Partizipation der Bürgerinnen und Bürger hat eine Dezentralisierung der Entscheidungs- und Verwaltungsstrukturen positive Auswirkungen.

C. Kriterien der Dezentralisierung von Verwaltungsaufgaben

Ausgangspunkt einer Dezentralisierungsstrategie muss sein, dass mit der sogenannten allgemeinen staatlichen Verwaltung in den Ländern (Landeshauptmann und Landesregierung als Behörden, unterstützt durch die Ämter der Landesregierungen, Bezirksverwaltungsbehörden) ein professioneller, bewährter, dezentralisierter und bürgernaheer Verwaltungsapparat zur Verfügung steht.¹⁶ Nicht von ungefähr geht die Bundesverfassung (Art. 102 Abs. 1 B-VG) von einer Generalklausel zugunsten der mittelbaren Bundesverwaltung aus, die durch den Katalog des Art. 102 Abs. 2 B-VG insoweit ergänzt wird, als der Bund darin lediglich ermächtigt, aber nicht verpflichtet wird, Angelegenheiten in unmittelbarer Bundesverwaltung zu führen.

Die Zweckmäßigkeit einer derartigen (hier als „Föderalisierung“ bezeichneten) Dezentralisierung setzt voraus, dass eine Bewertung der von einer Dienststelle zu erfüllenden Aufgaben im Hinblick auf bestimmte Kriterien erfolgt, die in insgesamt sechs Kategorien gegliedert werden können:¹⁷

- K1: Ausmaß der erforderlichen Spezialisierung in fachlicher Hinsicht
- K2: Ausmaß der erforderlichen rechtlichen Regulierungsdichte der Aufgabe
- K3: „Spezialisierung“ der Leistungsempfänger
- K4: Abhängigkeit der Aufgabenerledigung von Sachverhaltsaufnahmen vor Ort
- K5: Abhängigkeit der Aufgabenerledigung von Synergien mit der allgemeinen staatlichen Verwaltung in den Ländern
- K6: Geringe Zahl der Kontakte mit Bürgern/Unternehmen

Dabei gilt: Je höher die fachliche Spezialisierung ist (K1), je höher die Regulierungsdichte der rechtlichen Grundlagen zu sein hat (K2), je höher die Spezialisierung der Leistungsempfänger ist (K3), je weniger die Entscheidung etwa von mündlichen Verhandlungen vor Ort abhängig ist (K4), je geringer die Synergien mit der allgemeinen staatlichen Verwaltung in den Ländern sind (K5) und je geringer die Zahl der Kontakte einer Stelle mit Bürgern oder Unternehmen ist, umso weniger ist eine

16 *Ranacher*, Die allgemeine staatliche Verwaltung in den Ländern als effiziente Regierungsform, JRP 2015, S. 199 ff.

17 Nachstehende Ausführungen gründen im Wesentlichen auf *Bußjäger*, Die „allgemeine staatliche Verwaltung in den Ländern“ – Auslaufmodell oder Zukunftskonzept der Verwaltungsmodernisierung?, ZÖR 62 (2007), S. 175 (S. 177 f).

Einbindung in die allgemeine staatliche Verwaltung in den Ländern (Föderalisierung) geboten.

Ist also eine Einbindung in die allgemeine staatliche Verwaltung, insbesondere im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung, nicht angebracht, stellt sich aus den oben (III. B)) angeführten sozioökonomischen Gründen dennoch die Frage einer räumlichen Dezentralisierung. Eine solche räumliche Dezentralisierung von Aufgaben, die sehr wohl von einer einzigen (oder auch mehreren) Dienststellen erledigt werden, findet ihr Vorbild nicht nur in anderen föderalen Staaten (Deutschland, Schweiz)¹⁸, sie wird auch durch Entwicklungen in der Europäischen Union wie auch im deutschen Bundesland Bayern indiziert.

Für die Beurteilung, welche Kriterien für eine derartige Dezentralisierung heranzuziehen sind, können teilweise die oben angeführten Kriterien fruchtbar gemacht werden. Während die Kriterien Spezialisierungsgrad (K1), Regelungsdichte (K2) und Synergien mit der allgemeinen staatlichen Verwaltung in den Ländern (K5)¹⁹ für die Frage der räumlichen Dezentralisierung unbeachtlich sind,²⁰ sind folgende Kriterien relevant:

- Abhängigkeit von Sachverhaltsaufnahmen vor Ort
- Struktur der Leistungsempfänger und Kontakte
- Synergien mit anderen Zentralstellen des Bundes und Kontakte

Die einmaligen und laufenden Kosten einer Dezentralisierung sind ebenfalls zu kalkulieren, sie bilden aber keine selbständigen Kriterien zur Beurteilung der Zweckmäßigkeit einer Dezentralisierung. Mit anderen Worten: Zunächst ist zu erheben, ob eine Behörde überhaupt nach Maßgabe der oben erwähnten Kriterien für eine Dezentralisierung in Betracht kommt, bevor die Kosten der Verlagerung geprüft werden.

18 Dazu näher *Bußjäger/Keuschnigg/Radosavljevic*, Bund, S. 10 ff.

19 Wiegt dieses Kriterium stark, so ist ohnehin eine organisatorische Eingliederung in die Landesverwaltung (Föderalisierung) anzustreben.

20 Unbeachtlich sind sich deshalb, weil auf Grund der Digitalisierung auch sehr spezialisierte Aufgaben an peripher gelegenen Orten durchgeführt werden können.

VI. Exkurs: Ausgewählte Beispiele dezentraler Organisation

A. Heimatstrategie in Bayern

Im August des Jahres 2014 wurde in Nürnberg die bayrische „Heimatstrategie“ beschlossen. Zu diesen wesentlichen Eckpfeilern sind verschiedene Initiativen zu zählen, die als **Strukturentwicklung** sowie **digitale Revolution** für ganz Bayern und eine **Nordbayern-Initiative** identifiziert werden. Dazu kommt der **kommunale Finanzausgleich** und die nachfolgend beschriebenen **Behördenverlagerungen**. Mit Hilfe dieser Maßnahmen soll langfristig der unterschiedlichen Entwicklungsdynamik der Regionen und Gemeinden in Bayern entgegengesteuert werden.

Die Regionalisierung von staatlichen Behörden bildet einen der fünf Bausteine der Heimatstrategie. Dabei sollen in einem Zeitraum von fünf bis zehn Jahren über 50 Behörden und staatliche Einrichtungen in den ländlichen Raum verlagert werden. Dies würde insgesamt 3.155 Personen, davon 2.225 Beamte oder Tarifbeschäftigte sowie 930 Studierende, betreffen. Erreicht werden soll dieses Ziel zum einen über die natürliche Personalfuktuation²¹ und zum anderen durch Verlagerungen, wobei auf sozialverträgliche Lösungen geachtet wird, weshalb es zu keinen Zwangsversetzungen an neue Standorte kommt.²² Zudem wurde begleitend ein Personalrahmenkonzept beschlossen, das ein Paket an monetären und nicht-monetären Anreizen enthält, um den Umsetzungsprozess für die Beschäftigten und Behörden gleichermaßen zu erleichtern.²³

In den Jahren 2015 und 2016 ist das Projekt mit der Verlagerung von 26 Behörden und staatlichen Einrichtungen mit mehr als 170 Beschäftigten und 170 Studierenden gestartet. Dies soll in den Jahren 2017 und 2018 mit weiteren Behörden fortgesetzt werden. Ein Kernstück ist dabei die geplante Verlagerung des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege von München nach Nürnberg.²⁴

21 Es wird davon ausgegangen, dass 25% der Mitarbeiter und damit rund 1.700 Bedienstete in den nächsten zehn Jahren aus dem Dienst ausscheiden.

22 Vgl *Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat*, Heimatstrategie. Regionalisierung von Verwaltung. Behördenverlagerungen 2015, S. 1 f; abrufbar unter <www.stmflh.bayern.de/landesentwicklung/verlagerungen/verlagerungen.pdf> (abgerufen am 12.5.2017).

23 Vgl *Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat*, Heimatstrategie. Regionalisierung von Verwaltung. Personalrahmenkonzept, S. 1 ff; abrufbar unter <www.stmflh.bayern.de/landesentwicklung/verlagerungen/personalrahmenkonzept.pdf> (abgerufen am 12.5.2017).

24 Quelle: <www.stmflh.bayern.de>.

Beispiele für geplante oder bereits in Durchführung befindliche Behördenverlagerungen im Rahmen der Heimatstrategie:²⁵

- Neu gegründetes Haus für Gesundheitsmanagement in Bad Kissingen (dem Bayerischen Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit angegliedert); 100 Beschäftigte.
- Umzug der Landesbaudirektion (bisher Teil der Autobahndirektion Nordbayern) als eigenständige Behörde von Nürnberg nach Ebern; 100 Beschäftigte.
- Verlagerung des Staatsarchivs Würzburg nach Kissingen; 17 Beschäftigte.
- Errichtung eines Landesamts für Schule in Gunzenhausen sowie einer Außenstelle des Bayerischen Landesamts für Denkmalpflege in Weißenburg; 148 Beschäftigte.
- Neue Dienststelle „Digitale Landkarten Bayern“ des Landesamtes für Digitalisierung, Breitband und Vermessung in Windischeschenbach; 60 Beschäftigte.
- Teilverlagerung des Grundbuchamts München nach Oberviechtach; 20 Beschäftigte.
- Neue Außenstelle der Bayerischen Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen (Verwaltung der Königsschlösser) in Garmisch Partenkirchen; 10 Beschäftigte.

B. Agenturen der Europäischen Union

a) Allgemeines

Zur Erfüllung spezifischer rechtlicher, technischer und wissenschaftlicher Aufgaben bedienen sich die Organe der Europäischen Union häufig Agenturen, die als selbständige juristische Personen, teilweise mit Völkerrechtspersönlichkeit, eingerichtet werden. Grundlage der Errichtung derartiger Agenturen sind mitunter eigene Handlungsermächtigungen im Sekundärrecht oder subsidiär Art 298 Abs 2 AEUV.²⁶

Die Agenturen erfüllen ein breites Spektrum an Funktionen: So tragen sie in erster Linie zur Umsetzung wichtiger Unionsstrategien bei, damit sich die zentralen Organe, wie insbesondere die Kommission, auf ihre wesentlichen Aufgaben im Zusammenhang mit der Entwicklung politischer Strategien konzentrieren können. Darüber hinaus unterstützen sie die Entscheidungsfindung, indem sie das auf Ebene der Europäischen Union und der Mitgliedstaaten vorhandene Fach- und Expertenwissen

²⁵ Quelle: <www.stmflh.bayern.de/landesentwicklung/verlagerungen/verlagerungen.pdf> (abgerufen am 12.5.2017).

²⁶ *Bieber/Epiney/Haag*, Die Europäische Union¹¹ (2015), S. 163 f; *Schroeder*, Grundkurs Europarecht³ (2013), S. 55 f.

bündeln. Auf diese Weise tragen sie dazu bei, die Zusammenarbeit zwischen Mitgliedstaaten und Europäischer Union in wichtigen Bereichen der Politik zu fördern. Als wesentlich stellt sich außerdem dar, dass die Standorte der Agenturen über die gesamte Europäische Union verteilt sind. Insofern kommen sie dem Wunsch nach einer größeren Standortdiversifizierung nach und bilden damit im Rahmen der Tätigkeit der Europäischen Union einen Faktor, der ein gewisses Maß an Dezentralisierung/räumlicher Verteilung garantiert.²⁷ Letztendlich erhöhen sie dadurch die Außenwirkung der Union in den einzelnen Mitgliedstaaten.²⁸

Die Agenturen wurden ursprünglich unabhängig voneinander, ohne umfassendes Konzept eingerichtet. Nach der Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat vom 11. März 2008 mit dem Titel „Europäische Agenturen - Mögliche Perspektiven“²⁹ ist innerhalb der drei Organe das Bewusstsein für die bedeutende Rolle der dezentralen Agenturen, die ihnen bei der Umsetzung der EU-Politiken zukommt, gewachsen, weshalb ein Prozess dahingehend in Gang gesetzt wurde, die Rahmenbedingungen für ihre Aufgabenerfüllung effizienter zu gestalten. Dies ist mit einem gemeinsamen Konzept für dezentrale Agenturen der Europäischen Union, auf das sich das Europäische Parlament, der Rat und die Kommission im Juli 2012 geeinigt haben, auch erfolgt.³⁰ In diesem Konzept ist unter anderem davon die Rede, dass eine geographische Verteilung der Agenturen wünschenswert sei. Darüber hinaus werden Kriterien aufgestellt, die bei der Wahl des Sitzes einer Agentur zu berücksichtigen sind, wie die Erreichbarkeit des Ortes, das Vorhandensein schulischer Einrichtungen für die Kinder der Mitglieder des Personals und ein angemessener Zugang zu Arbeitsmarkt, sozialer Sicherheit und medizinischer Versorgung für Kinder und Ehegatten.

27 Vgl. *Nielsen-Sikora*, Europa der Bürger (2008), S. 4.

28 Zum gesamten Absatz vgl. Gemeinsame Erklärung des Europäischen Parlaments, des Rates der EU und der Europäischen Kommission zu den dezentralen Agenturen (2012).

29 KOM(2008) 135.

30 Gemeinsame Erklärung des Europäischen Parlaments, des Rates der EU und der Europäischen Kommission zu den dezentralen Agenturen (2012).

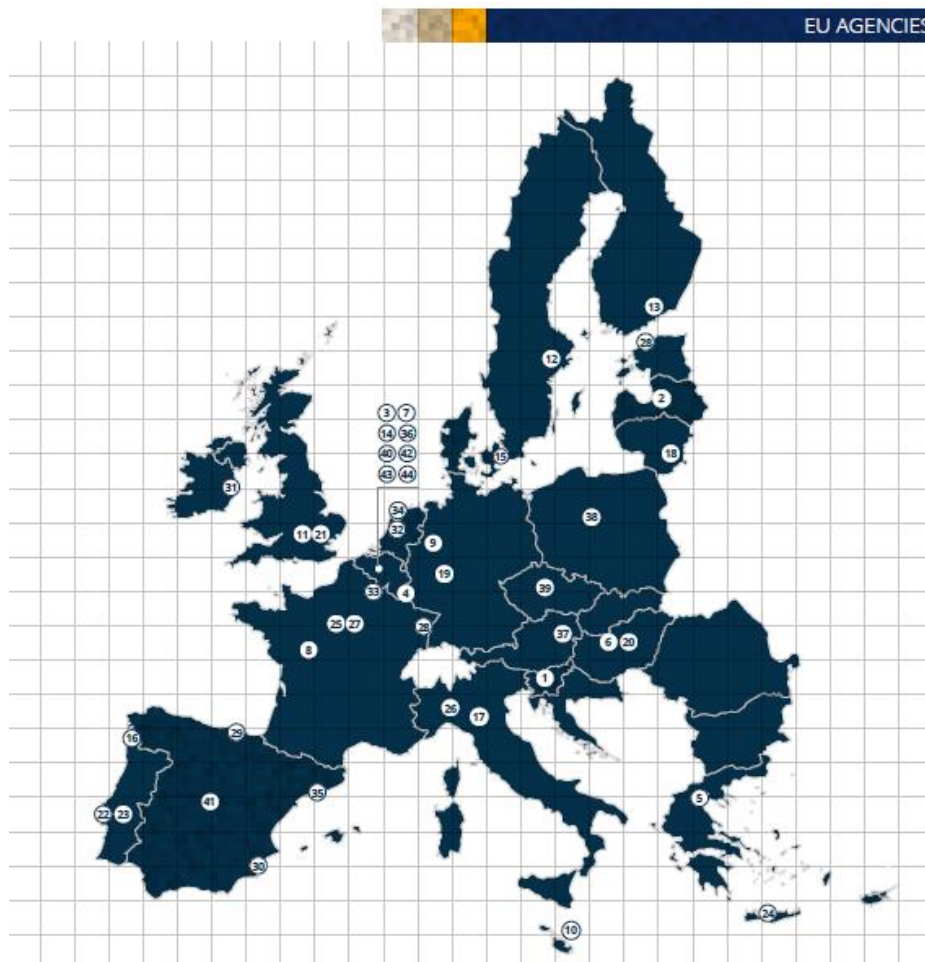
b) Die einzelnen Agenturen im Überblick³¹

Agentur	Sitz	Mitarbeiter	Budget (in Millionen EUR)
Agency for the Cooperation of Energy Regulators (ACER)	Ljubljana (Slovenia)	90	15.8
Office of the Body of European Regulators for Electronic Communications (BEREC OFFICE)	Riga (Latvia)	27	4
Bio-Based Industries Joint Undertaking (BBI JU)	Brussels (Belgium)	22	209.4
Translation Centre for the Bodies of the European Union (CdT)	Luxembourg	200	49
European Centre for the Development of Vocational Training (CEDEFOP)	Thessaloniki (Greece)	119	18.35
European Union Agency for Law Enforcement Training (CEPOL)	Budapest (Hungary)	51	8.5
Clean Sky 2 Joint Undertaking (CLEANSKY JU)	Brussels (Belgium)	42	351.9
Community Plant Variety Office (CPVO)	Angers (France)	45	15
European Aviation Safety Agency (EASA)	Cologne (Germany)	833	150
European Asylum Support Office (EASO)	Valletta (Malta)	126	15.9
European Banking Authority (EBA)	London (United Kingdom)	151	33.5
European Centre for Disease Prevention and Control (ECDC)	Stockholm (Sweden)	290	58.4
European Chemicals Agency (ECHA)	Helsinki (Finland)	600	107
European Defence Agency (EDA)	Brussels (Belgium)	130	30.5
European Environment Agency (EEA)	Copenhagen (Denmark)	205	41.7
European Fisheries Control Agency (EFCA)	Vigo (Spain)	57	9.217
European Food Safety Authority (EFSA)	Parma (Italy)	447	76.9
European Institute for Gender Equality (EIGE)	Vilnius (Lithuania)	42	7.62
European Insurance and Occupational Pensions Authority (EIOPA)	Frankfurt (Germany)	137	20.6
European Institute of Innovation & Technology (EIT)	Budapest (Hungary)	59	295.1

31 Quelle: <www.euagencies.eu/assets/files/EU_Agencies_brochure_2016.pdf> (12.5.2017).

European Medicines Agency (EMA)	London (United Kingdom)	890	304.1
European Monitoring Centre for Drugs and Drug Addiction (EMCDDA)	Lisbon (Portugal)	100	15.3
European Maritime Safety Agency (EMSA)	Lisbon (Portugal)	207	54.2
European Union Agency for Network and Information Security (ENISA)	Heraklion (Greece)	84	101.1
European Securities and Markets Authority (ESMA)	Paris (France)	194	39.392
European Training Foundation (ETF)	Turin (Italy)	approx. 130	20.1
European Union Institute for Security Studies (EUISS)	Paris (France)	24	5.35
European Agency for the operational management of large-scale IT systems in the area of freedom, security and justice (eu-LISA)	Tallinn (Estonia); Strasbourg (France)	140	67.6
European Agency for Safety and Health at Work (EU-OSHA)	Bilbao (Spain)	64	15.2
European Union Intellectual Property Office (EUIPO)	Alicante (Spain)	793	384.2
European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions (Eurofound)	Dublin (Ireland)	108	21
European Union's Judicial Cooperation Unit (Eurojust)	The Hague (Netherlands)	350	33.818
European Union Agency for Railways (ERA)	Valenciennes (France)	160	24.7
European Police Office (EUROPOL)	The Hague (Netherlands)	1.008	95.4
Fusion for Energy (F4E)	Barcelona (Spain)	463	385.2
Fuel Cells and Hydrogen 2 Joint Undertaking (FCH 2 JU)	Brussels (Belgium)	26	114.615
European Union Agency for Fundamental Rights (FRA)	Vienna (Austria)	107	21.6
European Border and Coast Guard Agency (Frontex)	Warsaw (Poland)	366	143.3
European GNSS Agency (GSA)	Prague (Czech Republic)	140	27.6
Innovative Medicines Initiative (IMI)	Brussels (Belgium)	47	315.2
European Union Satellite Centre (SatCen)	Torrejón (Spain)	120	17.9
The Single European Sky ATM Research (SESAR) Joint Undertaking (SESAR JU)	Brussels (Belgium)	41	89.36
Shift2Rail Joint Undertaking (S2R JU)	Brussels (Belgium)	15	920
Single Resolution Board	Brussels (Belgium)	164	22

c) Die räumliche Verteilung der EU-Agenturen³²



1 ACER	15 EEA	29 EU-OSHA	43 Shift2Rail
2 BEREC OFFICE	16 EFCA	30 EUIPO	44 SRB
3 BBI JU	17 EFSA	31 EUROFOUND	
4 CDT	18 EIGE	32 EUROJUST	
5 CEDEFOP	19 EIOPA	33 ERA	
6 CEPOL	20 EIT	34 EUROPOL	
7 CSJU	21 EMA	35 F4E	
8 CPVO	22 EMCDDA	36 FCH JU	
9 EASA	23 EMSA	37 FRA	
10 EASO	24 ENISA	38 FRONTEX	
11 EBA	25 ESMA	39 GSA	
12 ECDC	26 ETF	40 IMI	
13 ECHA	27 EU ISS	41 SatCen	
14 EDA	28 eu-LISA	42 SESAR JU	

32 Quelle: <www.euagencies.eu/assets/files/EU_Agencies_brochure_2016.pdf> (12.5.2017).

VII. Mengengerüste

Eine Dezentralisierungsstrategie kann nicht an den maßgeblichen Mengengerüsten vorbeigehen. Dieses Kapitel wurde vom Institut für Verwaltungsmanagement, Innsbruck/Wien, erstellt.

A. Einleitende Bemerkungen zur Datenerhebung

Für die Grundlagenerarbeitung der gegenständlichen Studie wurden der Personalstand, der Personalaufwand sowie die Alters- und Qualifikationsstruktur der Bundesverwaltung erhoben.

a) *Personalstand und Personalaufwand*

Mit dem Ziel, einheitliche und damit vergleichbare Datenbestände zu ermitteln, dienten als Ausgangsbasis für die Datenerhebung die (öffentlich zugänglichen) Budgetdaten des Bundes für die Finanzjahre 2014 und 2015 (Teilhefte des Bundesfinanzgesetzes 2016 und 2017). Folglich basiert die Struktur der Datenerhebung auf der Budgetstruktur des Bundes.

Ein großer Vorteil dieser Vorgehensweise ist die hohe Datenqualität, die durch die einheitliche Aufbereitung aller Ressorts gewährleistet wird. Ein Nachteil ist, dass die Budgetstruktur nicht bei allen Ressorts die tatsächliche Organisationsstruktur abbildet. Dies führt dazu, dass nicht alle nachgeordneten Dienststellen einzeln dargestellt werden konnten.

In die gegenständliche Erhebung wurden darüber hinaus die Ausgliederungen und Beteiligungen des Bundes einbezogen. Als Datenbasis diente der Bericht gemäß § 42 Abs. 5 BHG 2013 zu den Ausgliederungen und Beteiligungen des Bundes (Stand: Oktober 2015).³³

b) *Alters- und Qualifikationsstruktur*

Da keine zentralen Unterlagen zur Alters- und Qualifikationsstruktur der Bundeseinrichtungen zugänglich sind, wurden die Kennzahlen auf Basis der Studie „Hand-

³³ Der Beteiligungsbericht beinhaltet neben den 100% Beteiligungen auch alle mehrheitlichen Beteiligungen, also alle verbundenen Unternehmen, an denen der Bund mehr als 50% am Eigenkapital hält. Die Nachfolgeunternehmen der Post- und Telegrafverwaltung werden zum Beispiel hier nicht erfasst, da es sich um Beteiligungen der ÖIAG (seit 2015 ÖBIB) handelt, der Bund daher nicht direkt an ihnen beteiligt ist. Siehe dazu Bericht gemäß § 42 Abs. 5 BHG, (2016).

lungsfeld Demografie im Personalmanagement. Altersdaten und Fakten“ des Bundeskanzleramtes, Bundesministerin für Frauen und öffentlicher Dienst, aus dem Jahr 2013 berechnet. Die Datenbasis dieser Studie stellen die Jahrgangswerte 2011 aus dem Managementinformationssystem (MIS) des Bundes dar. Aufgrund mehrerer Novellen des Bundesministerien-Gesetzes zwischen 2011 und 2015 ist ein direkter Vergleich zwischen den Alters- und Qualifikationskennzahlen und den aktuellen Daten zu Personalstand und -aufwand nicht möglich. Dennoch scheint die Aussagekraft in Hinblick auf die bevorstehenden demografischen Entwicklungen im Bundesdienst zur Beleuchtung der Dezentralisierungsfrage bedeutend zu sein. Aus diesem Grund werden diese in einem Exkurs für das Jahr 2011 ausgewiesen.

Bei der Untersuchung der Personalkennzahlen ist zu beachten, dass der Bund über Personalkapazitäten verfügt, die nicht im Personalplan angegeben werden (dies betrifft insbesondere freie Dienstverträge und Arbeitskräfteüberlassungsverträge). Die Ausgaben für diese Beschäftigungsverhältnisse werden zudem als Sach- und nicht als Personalaufwand ausgewiesen. Somit konnten diese Personalkapazitäten nicht im gegenständlichen Bericht berücksichtigt werden. Der Österreichische Rechnungshof (RH) stellte fest, dass „die in den Jahren 2009 bis 2014 insgesamt dafür angefallenen Auszahlungen jährlich durchschnittlich 237,52 Vertragsbediensteten in akademischer Referentenverwendung entsprachen“. Darüber hinaus werden die Ausbildungsverhältnisse Lehrlinge sowie Praktikant/innen (Verwaltungspraktika, Rechtspraktika und Unterrichtspraktika) ebenfalls nicht im Personalplan berücksichtigt, im Jahr 2014 bestanden rund 4.000 solcher Ausbildungsverhältnisse.³⁴

B. Ergebnisse aus der Erhebung

Dieser Abschnitt stellt den Kern des Berichtes dar. Darin sind die erhobenen Daten nach den Themen Personalstand, Personalaufwand sowie Alters- und Qualifikationsstruktur aufbereitet. Die Datenbeschriftung in den Diagrammen bezieht sich auf das Jahr 2015.

a) Personalstand

aa. Gesamt

Auf Basis der Budgetdaten wurde ein Gesamtpersonalstand für das Jahr 2015 in Höhe von 131.288 VBÄ³⁵ ermittelt. Über 90% des Personalstandes fällt auf den nachgeordneten Bereich. Genauere Zahlen konnten für das Jahr 2014 erhoben

34 Österreichischer Rechnungshof (2017), Bund 2017/5.

35 Teilhefte des Bundesfinanzgesetzes 2017, Tabelle Überblick Personal; eigene Berechnung.

werden: Der Gesamtpersonalstand betrug 130.992 VBÄ, davon fielen 9.645 VBA auf die Zentralstellen und 121.347 VBÄ auf die nachgeordneten Dienststellen.³⁶

Aus den Budgetunterlagen konnten folgende Personalstände für die Ressorts inklusive der nachgeordneten Dienststellen entnommen werden:

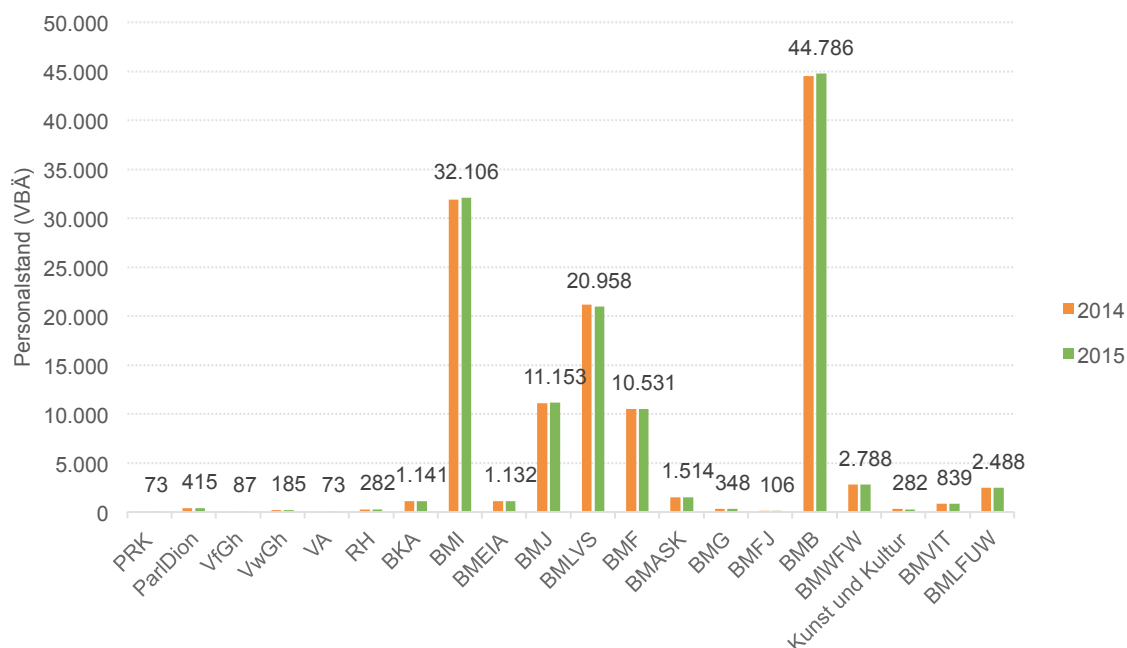


Abbildung 1: Personalstand (VBÄ) gegliedert nach Ressorts³⁷

Die drei höchsten Personalstände weisen das Bundesministerium für Bildung (BMB), für Inneres (BMI) und für Landesverteidigung und Sport (BMLVS) auf. Zu einem Großteil bestehen diese aus Berufsgruppen (wie Lehrer/innen, Exekutivdienst, militärischer Dienst), die bereits dezentral eingesetzt werden. Im Detail zeigt sich, dass der Lehrpersonalstand des BMB 37.910 VBÄ und somit 85% der Gesamtpersonals (VBÄ) des Ressorts ausmacht. Der Anteil des Personals im Exekutivdienst im BMI beträgt mit 27.074 VBÄ ebenso 85% des Gesamtpersonalstandes des Ressorts. 65% des Personalstandes des BMLVS zählt zum militärischen Dienst (13.569 VBÄ).

bb. Nachgeordnete Dienststellen

Folgende Abbildung zeigt den Personalstand der nachgeordneten Dienststellen der jeweiligen Ressorts. Aufgrund der Datenlage war eine detaillierte bzw. vollständige Erhebung auf dieser Ebene nicht möglich. Aus diesem Grund sind nur jene Dienst-

³⁶ Personalbericht des Bundes 2015, Seite 21.

³⁷ Teilhefte des Bundesfinanzgesetzes 2016 und 2017, Tabelle Überblick Personal; eigene Berechnung.

stellen abgebildet, die als eigene Budgeteinheit in den Teilheften der Budgetunterlagen dargestellt wurden.

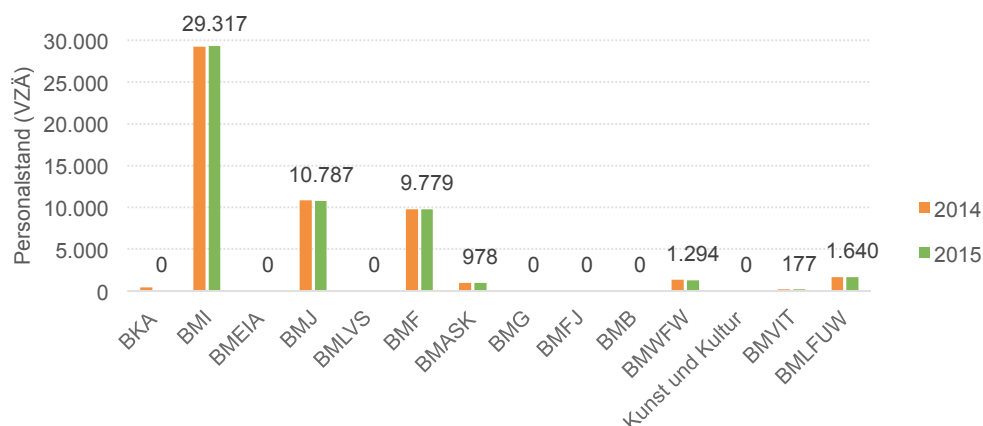


Abbildung 2: Personalstand (VBÄ) der nachgeordneten Dienststellen gegliedert nach Ressorts³⁸

Im Vergleich zur Abbildung 1 zeigt sich, dass der hohe Personalstand des BMI vor allem auf den nachgeordneten Bereich fällt (Landespolizeidirektionen (27.913 VBÄ)). 1.404 VBÄ verteilen sich auf das Bundeskriminalamt, das Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl und das Bundesamt für Korruptionsprävention und -bekämpfung. Der hohe Personalstand im nachgeordneten Bereich des Bundesministeriums für Justiz (BMJ) wird den Oberlandesgerichten und Justizanstalten zugeordnet. Die Mitarbeiter/innen im nachgeordneten Bereich des Bundesministeriums für Finanzen (BMF) sind vor allem im Bereich der Steuer- und Zollverwaltung bzw. -koordination tätig.

cc. Ausgliederungen und Beteiligungen

Bei der Betrachtung des Personals der Bundeseinrichtungen ist der ausgegliederte Bereich mit seinem Gesamtpersonalstand ebenfalls einzubeziehen. Insgesamt beträgt der Personalstand des ausgegliederten Bereiches 102.154 VBÄ, wobei der größte Anteil von insgesamt 84% in den Ressorts Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft (BMWFW) sowie Verkehr, Innovation und Technologie (BMVIT) liegt. Die größte Ausgliederung gemessen an dem Personalstand sind die Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB), die dem BMVIT zugeordnet sind, mit 40.710 VBÄ. Das BMWFW weist aufgrund der Universitäten mit einem Personalstand von insgesamt 35.287 VBÄ den zweitgrößten ausgegliederten Bereich auf. Der restliche Personalstand von 16.699 VBÄ verteilt sich auf ca. 80 weitere Ausgliederungen bzw. Be-

³⁸ Teilhefte des Bundesfinanzgesetzes 2016 und 2017, Tabelle Überblick Personal; eigene Berechnung.

teilungen des Bundes. Die größten Anteile daran haben das Arbeitsmarktservice (AMS) mit 5.287 VBÄ und der Konzern der ASFINAG mit 2.596 VBÄ.

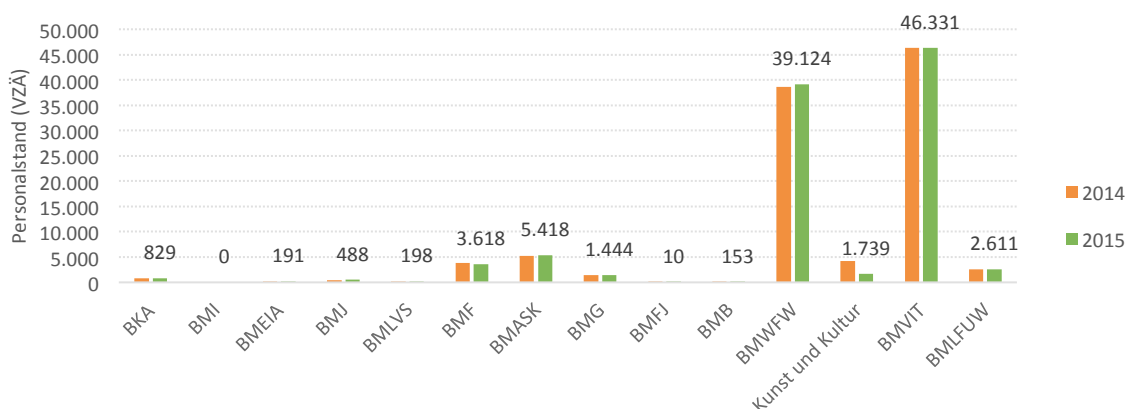


Abbildung 3: Personalstand (VZÄ) der Ausgliederungen und Beteiligungen gegliedert nach Ressorts³⁹

Abschließend zeigt Abbildung 4 den Personalstand für den gesamten Bundesbereich inklusive Ausgliederungen und Beteiligungen gegliedert nach Ressorts. In Summe betrug der Personalstand der Bundeseinrichtungen im Jahr 2015 233.442 VBÄ.

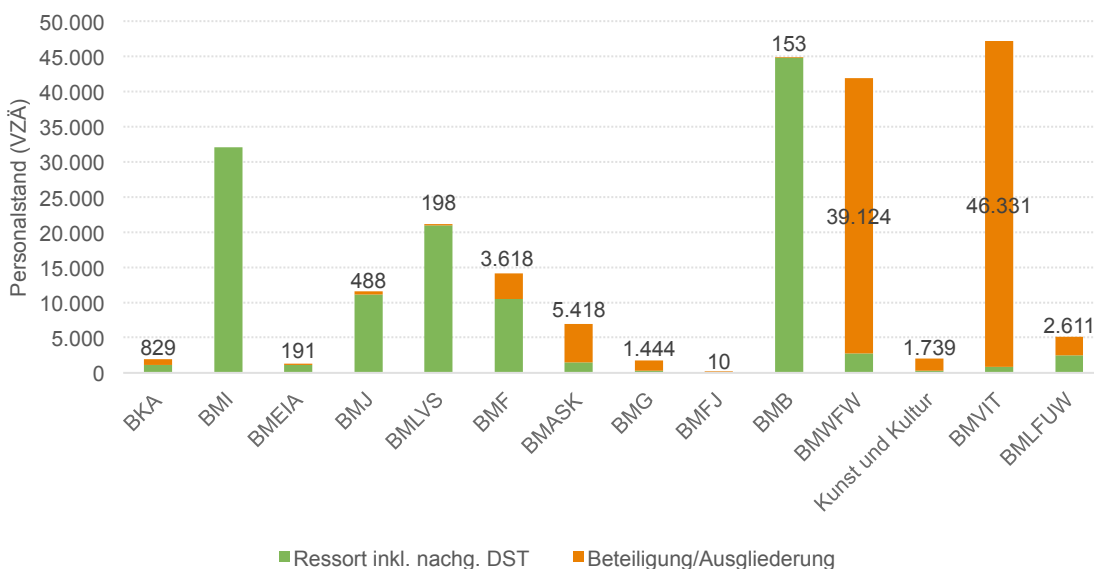


Abbildung 4: Personalstand gesamt inkl. Ausgliederungen und Beteiligungen gegliedert nach Ressorts⁴⁰

39 Bericht gemäß § 42 Abs. 5 BHG, (2016); eigene Berechnung.

40 Teilhefte des Bundesfinanzgesetzes 2016 und 2017, Ergebnisrechnung. Bericht gemäß § 42 Abs. 5 BHG, (2016); eigene Berechnung.

b) Personalaufwand

Der Personalaufwand der Ministerien (Zentralstellen und nachgeordnete Dienststellen) betrug laut Bundesrechnungsabschluss im Jahr 2015 insgesamt 8.744,30 Mio. Euro.⁴¹ Abbildung 5 zeigt den Personalaufwand gegliedert nach Ressorts.

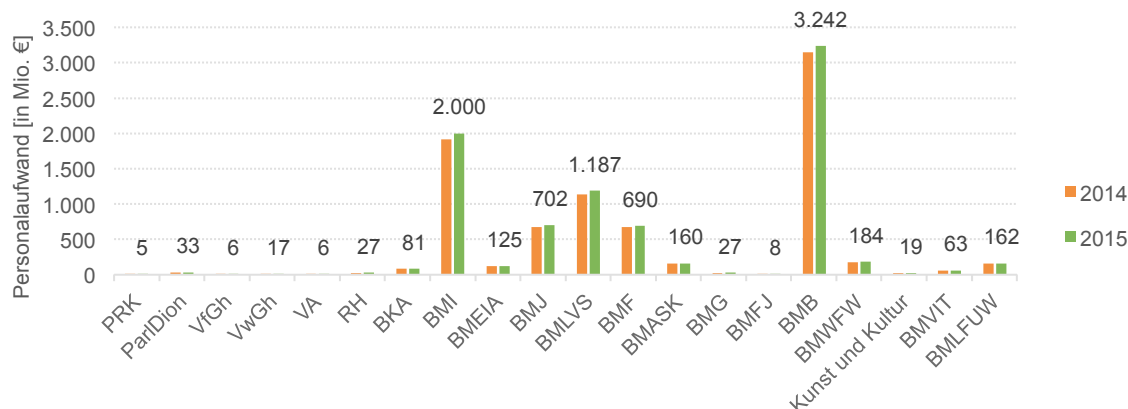


Abbildung 5: Personalaufwand in Mio. Euro gegliedert nach Ressorts

Im Vergleich zur Abbildung 5 zeigt sich, dass der hohe Personalaufwand des BMI, des BMJ und des BMF vor allem auf den nachgeordneten Bereich (beim BMI größtenteils Landespolizeidirektionen, beim BMJ größtenteils Oberlandesgerichte und beim BMF größtenteils Steuer- und Zollverwaltung/Koordination) fällt.

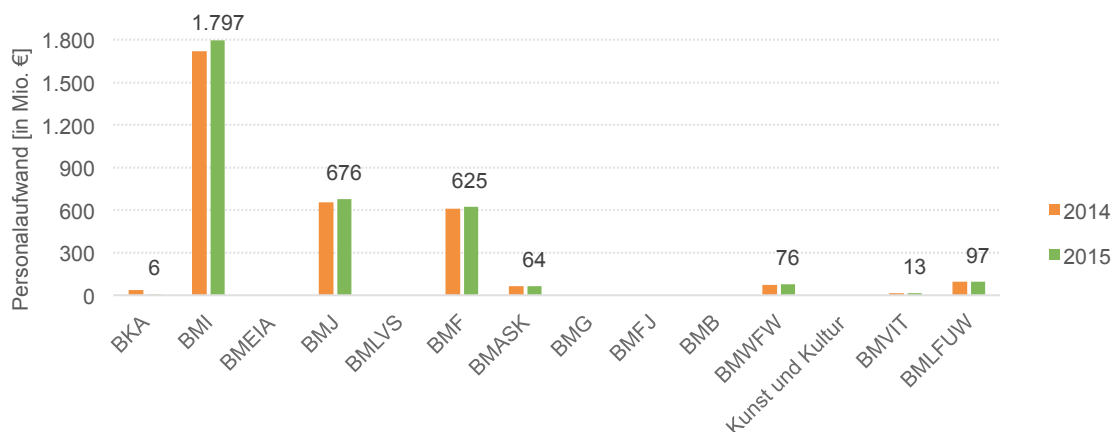


Abbildung 6: Personalaufwand in Mio. Euro der nachgeordneten Dienststellen gegliedert nach Ressorts⁴²

41 Bundesrechnungsabschluss 2015, Voranschlagsvergleichsrechnung, Ergebnishaushalt nach MVAG. Summe Personalaufwand.

Im ausgegliederten Bereich des Bundes ist im Jahr 2015 ein Personalaufwand in Höhe von 6.879,6 Mio. Euro entstanden. Wie bei den Personalständen nehmen die ÖBB (BMVIT) und die Universitäten (BMWFW) den größten Anteil mit insgesamt 71% ein, auch das AMS steht wieder an dritter Stelle. Die Nationalbank (BMF) trägt mit 264 Mio. Euro den vierthöchsten Personalaufwand.

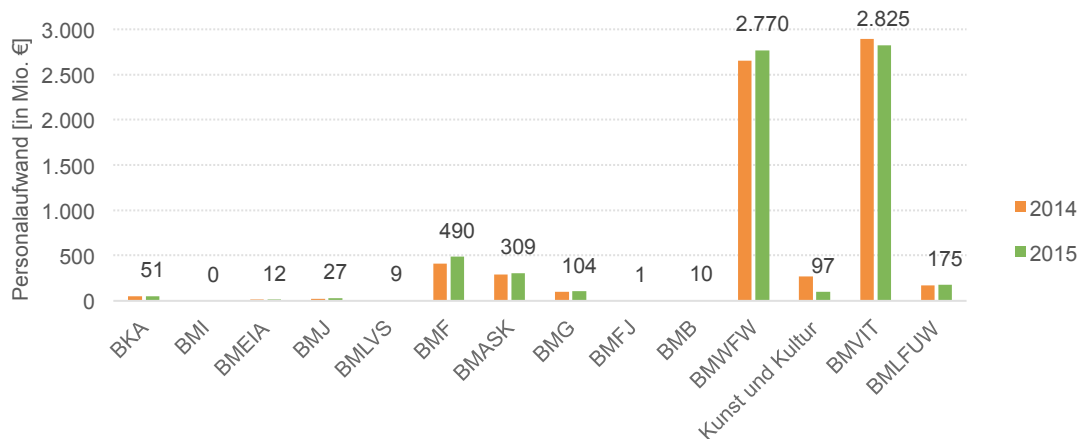


Abbildung 7: Personalaufwand in Mio. Euro der Beteiligungen der jeweiligen Ressorts⁴³

Zusammengefasst betrug der Personalaufwand im Jahr 2015 15.623,90 Mio. Euro (Summe aus Zentralstellen, nachgeordneten Dienststellen und Ausgliederungen bzw. Beteiligungen). Abbildung 8 zeigt die Verteilung auf die Ressorts.

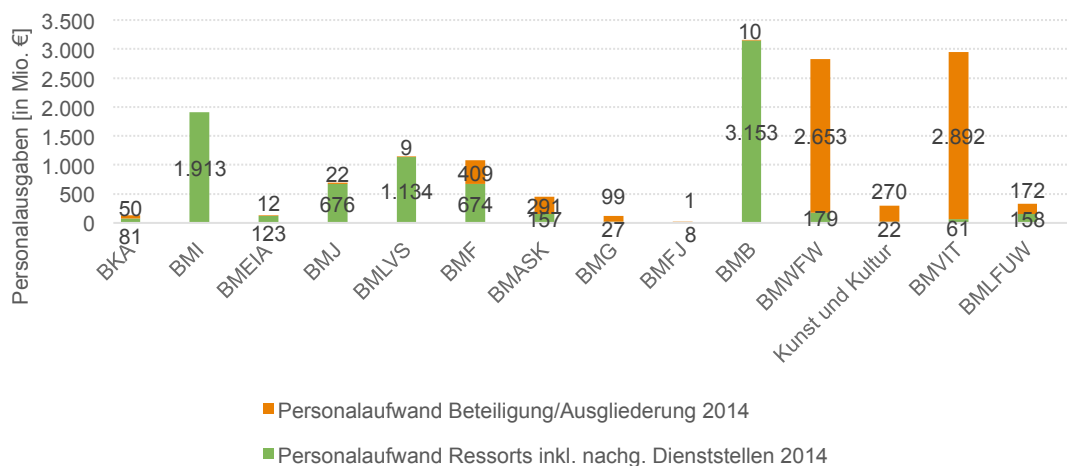


Abbildung 8: Personalaufwand der Ressorts und deren Ausgliederungen⁴⁴

42 Teilhefte des Bundesfinanzgesetzes 2016 und 2017, Ergebnisrechnung. Personalaufwand inkl. Pensionsaufwand; eigene Berechnung.

43 Bericht gemäß § 42 Abs. 5 BHG, (2016), eigene Berechnung.

Abschließend sollen die beiden Kennzahlen Personalaufwand⁴⁵ und Personalstand im Verhältnis zueinander beleuchtet werden. Abbildung 9 zeigt den Gesamtpersonalaufwand (inklusive Pensionen) dividiert durch den Personalstand je Ressort inklusive Ausgliederungen und Beteiligungen. Den höchsten Personalaufwand pro VBÄ im Jahr 2015 weist das BMF auf, wobei dieser Wert durch den hohen Personalaufwand der Österreichischen Nationalbank im Jahr 2015 beeinflusst wird. Im Finanzressort werden im ausgegliederten Bereich doppelt so hohe Personalaufwände (gemessen am Personalstand) verzeichnet wie in der Zentralstelle inkl. nachgeordneter Dienststellen. Umgekehrt zeigt sich dies im Außenministerium (BMEIA) und im Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (BMAASK), die den zweithöchsten Personalaufwand pro VBÄ verzeichnen: bei beiden Ressorts liegt der Personalaufwand in der Zentralstelle inkl. nachgeordneter Dienststellen um mehr als 70% höher als im ausgegliederten Bereich.

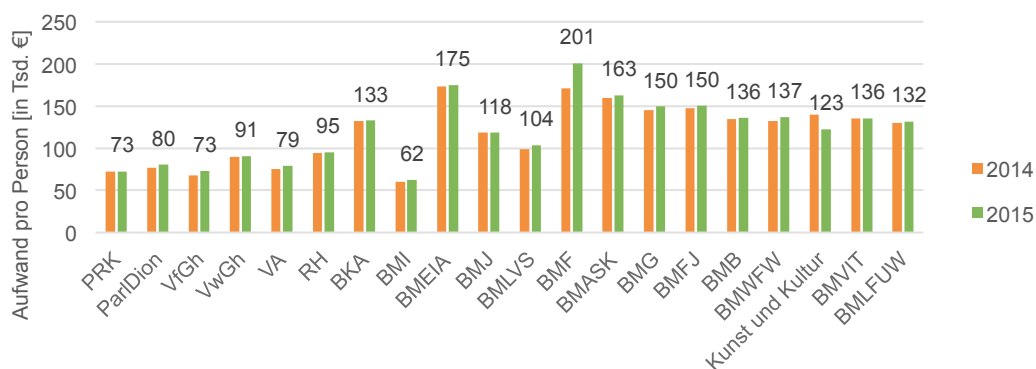


Abbildung 9: Personalaufwand pro VBÄ nach Ressorts inklusive Ausgliederungen und Beteiligungen⁴⁶

c) Exkurs: Alters- und Qualifikationsstruktur

Durch die Aufbereitung der Kennzahl Personalaufwand pro VBÄ zeigt sich, dass nicht ausschließlich die Zahl der VBÄ ausschlaggebend für die Höhe des Perso-

44 Teilhefte des Bundesfinanzgesetzes 2016 und 2017, Ergebnisrechnung. Bericht gemäß § 42 Abs. 5 BHG, (2016); eigene Berechnung.

45 Personalaufwand inkl. Pensionsaufwand.

46 Teilhefte des Bundesfinanzgesetzes 2016 und 2017, Ergebnisrechnung. Bericht gemäß § 42 Abs. 5 BHG, (2016). Eigene Berechnung; Personalaufwand inkl. Pensionsaufwand.

nalaufwandes eines Ressorts ist. Weitere zentrale Einflussfaktoren sind die Qualifikations- und die Altersstruktur der Mitarbeiter/innen in den Ressorts.

Ressort	Qualifikationsstruktur gesamt					Altersstruktur			Erwartete
	Personalstand	Akademiker/innen	Maturant/innen	Fachdienst	Hilfsdienst	≥ 50 Jahre	Akademiker/innen	Maturant/innen	Pensionierungen
	VBÄ	VBÄ	VBÄ	VBÄ	VBÄ	VBÄ	VBÄ ≥ 50 Jahre	VBÄ ≥ 50 Jahre	bis 2024 VBÄ
PRK	75	16	23	32	5	27	9	9	29
ParlDion	392	122	59	176	35	138	34	18	147
VfGh	87	40	9	34	4	22	7	4	25
VwGh	181	100	7	63	11	76	49	3	73
VA	58	29	9	20	0	18	6	2	22
RH	290	203	32	49	6	106	71	11	106
BKA	972	418	194	340	19	297	130	68	318
BMI - Exekutivdienst	26 997	n.v.	n.v.	n.v.	n.v.	7 613	n.v.	n.v.	8 666
BMI - Verwaltungsdienst	4 445	711	933	2 400	400	1 636	256	327	2 178
BMEIA	1 212	412	242	521	36	442	148	97	406
BMJ - Richter/innen, Staatsanwält/innen	2 340	2 340	0	0	0	700	700	0	627
BMJ - Exekutivdienst	3 109	n.v.	n.v.	n.v.	n.v.	684	n.v.	n.v.	833
BMJ - Verwaltungsdienst	5 543	111	1 330	3 991	111	1 596	43	372	2 284
BMLVS - Militärischer Dienst	14 380	575	2 445	10 497	863	4 041	247	684	4 271
BMLVS - Verwaltungsdienst	8 176	572	1 880	5 314	409	3 099	235	696	3 671
BMF	10 674	1 388	4 697	4 483	107	4 163	611	1 738	4 889
BMASK	1 543	491	657	389	5	645	231	283	719
BMG	361	187	88	86	1	166	105	37	174
BMFJ	2 315	556	787	949	23	1 035	250	354	1 132
BMUKK - Lehrer/innen	38 418	31 503	n.v.	n.v.	n.v.	17 634	14 806	n.v.	18 863
BMUKK - Verwaltungsdienst	6 623	729	1 060	2 715	2 119	2 841	415	434	3 835
BMWF	733	323	227	176	7	284	139	91	306
BMVIT	865	357	264	241	2	368	146	132	368
BMLFUW - Lehrer/innen	469	314	n.v.	n.v.	n.v.	174	116	n.v.	183
BMLFUW - Verwaltungsdienst	2 087	626	480	814	167	745	232	149	893
	132 345	42 120	15 423	33 292	4 331	48 549	18 985	5 509	55 019

Tabelle 1: Alters- und Qualifikationsstruktur der Ressorts (2011)⁴⁷

Anmerkung zu Tabelle 1: Aufgrund der Datenlage beziehen sich die Zahlen zur Alters- und Qualifikationsstruktur ausschließlich auf die Ressorts (Zentralstellen und nachgeordneter Bereich) ohne Ausgliederungen bzw. Beteiligungen mit den Werten aus dem Jahr 2011.

aa. Qualifikationsstruktur

Mit über 30% stellen die Akademiker/innen die größte Qualifikationsgruppe im Bund dar. Insgesamt beschäftigte der Bund im Jahr 2011 42.120 Mitarbeiter/innen mit Hochschulabschluss (gemessen an VBÄ). Der hohe Akademiker/innen-Anteil ist vor allem auf die Zusammensetzung der Berufsgruppen zurückzuführen: Richter/innen und Staatsanwält/innen sowie ein Großteil der Lehrer/innen sind Akademiker/innen. Im Personalbericht des Bundes (2015) wird der hohe Akademiker/innen-Anteil auch dadurch erklärt, dass der Bund viele operative, meist weniger qualifizierte Tätigkeiten ausgegliedert hat bzw. typische Dienstleistungsaufgaben mit hohem Bedarf an Fach- und Hilfskräften im Kompetenzbereich der Länder und Gemeinden liegen.

47 Studie „Handlungsfeld Demografie im Personalmanagement. Altersdaten und Fakten“ des Bundeskanzleramtes (2013); eigene Berechnung.

bb. Altersstruktur

Ein Blick auf die Altersstruktur des Bundes zeigt, dass das Alter des Bundespersonals überdurchschnittlich hoch ist. Über ein Drittel des Personals (gemessen an VBA) war im Jahr 2011 älter als 50 Jahre. Laut Personalbericht des Bundes (2015) stieg der Anteil der über 50-Jährigen im Jahr 2014 auf 41,7%⁴⁸. Vor allem bei den Akademiker/innen ist der Anteil mit 45% (im Jahr 2011) besonders kritisch. Wie Tabelle 1 zeigt, sind besonders Ressorts mit großen nachgeordneten bzw. ausgegliederten Bereichen betroffen.

Das überdurchschnittlich hohe Alter des Bundespersonals lässt auch eine bevorstehende „Pensionierungswelle“ in den nächsten Jahren erwarten. Für die Berechnung der Pensionierungsquote hat das Bundeskanzleramt ein Pensionsprognosemodell entwickelt, mit dessen Hilfe Pensionierungen im Bundesdienst bis ins Jahr 2024 auf Basis von Erfahrungswerten und zukünftigen Parametern prognostiziert werden. Insgesamt werden Pensionierungen in Höhe von 55.019 VBÄ im gesamten Bundesdienst erwartet, ein Anteil in Höhe von 42% gemessen am Gesamtpersonalstand im Jahr 2011. Aufgrund des hohen Anteils der über 50-Jährigen bei den Akademiker/innen ist ein sehr hoher Wissensverlust in den nächsten Jahren zu erwarten.

C. Abschließende Zusammenfassung

Im Kapitel 2 wurden die Bereiche Ressorts inkl. nachgeordneter Dienststellen und der ausgegliederte Bereich getrennt voneinander dargestellt (bis auf Abbildung 9: Personalaufwand pro VBÄ nach Ressorts inklusive Ausgliederungen und Beteiligungen).

Die auf der nachfolgenden Seite dargestellte Tabelle 2 fasst beide Bereiche zusammen und zeigt den Gesamtumfang des Personals der Bundeseinrichtungen, die in der Erhebung berücksichtigt wurden. Diese Bundeseinrichtungen verfügen im Jahr 2015 über einen Personalstand von insgesamt 233.442 VBÄ, für den ein Aufwand in Höhe von 15.624 Mio. Euro zu tragen ist. Ausgehend von den Zahlen aus dem Jahr 2014, als die Zahl der VBÄ in den Zentralstellen bei 9.645 lag⁴⁹, fallen insgesamt 95% des Personals in den nachgeordneten und ausgegliederten Bereich. Die höchsten Personalstände mit über 40.000 VBÄ weisen das BMVIT (Personal der ÖBB), das BMB (Lehrer/innen) und des BMWFW (Personal im Hochschulsektor) auf.

48 Personalbericht des Bundes 2015, Seite 48.

49 Personalbericht des Bundes 2015, Seite 21.

Mit einem Anteil von insgesamt fast 60% tragen diese Ressorts auch den höchsten Personalaufwand.

	Personalstand 2015 in VBÄ		Personalaufwand 2015 [in Mio. €]		Summe Ressorts, nachg. DST und Ausgliederungen	
	Ressorts inkl. nachg. Dienststellen	Beteiligung / Ausgliederung	Ressorts inkl. nachg. Dienststellen	Beteiligung / Ausgliederung	Personalstand 2015 in VBÄ	Personalaufwand 2015 [in Mio. €]
PRK	73	0	5	0	73	5
ParlDion	415	0	33	0	415	33
VfGH	87	0	6	0	87	6
VwGH	185	0	17	0	185	17
VA	73	0	6	0	73	6
RH	282	0	27	0	282	27
BKA	1 141	829	81	51	1 970	133
BMI	32 106	0	2 000	0	32 106	2 000
BMEIA	1 132	191	125	12	1 323	137
BMJ	11 153	488	702	27	11 641	729
BMLVS	20 958	198	1 187	9	21 156	1 196
BMF	10 531	3 618	690	490	14 149	1 180
BMASK	1 514	5 418	160	309	6 932	469
BMG	348	1 444	27	104	1 792	131
BMFJ	106	10	8	1	116	9
BMB	44 786	153	3 242	10	44 939	3 252
BMWFW	2 788	39 124	184	2 770	41 912	2 955
Kunst und Kultur	282	1 739	19	97	2 021	116
BMVIT	839	46 331	63	2 825	47 170	2 887
BMLFUW	2 488	2 611	162	175	5 099	336
Summe	131 288	102 154	8 744	6 880	233 442	15 624

Tabelle 2: Personalstand 2015 in VBÄ und Personalaufwand 2015 (in Mio. Euro)
gegliedert nach Ressorts⁵⁰

50 Teilhefte des Bundesfinanzgesetzes 2016 und 2017, Ergebnisrechnung. Bericht gemäß § 42 Abs. 5 BHG, (2016); eigene Berechnung.

VIII. Handlungsempfehlungen

Die folgenden Empfehlungen beziehen sich aus den dargelegten Gründen auf die Dezentralisierung von Behörden der Bundesverwaltung, sofern nicht ohnehin eine Föderalisierung in Betracht zu ziehen ist. Die ausgegliederten Rechtsträger müssen gesondert untersucht werden.

Die Verlagerung von Dienststellen ist ein komplexer Prozess, weil einerseits viele objektive Erfolgskriterien zu erfüllen sind und andererseits die persönliche Situation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit allen familiären und sozialen Verwurzelungen sowie unterschiedlichen Lebensplanungen, aber auch die einmaligen und laufenden Kosten eine entscheidende Rolle spielen. Maßnahmen dieser Art benötigen eine gediegene Aufbereitung der Entscheidungsgrundlagen genauso wie einen langfristigen Umsetzungshorizont, der die Vielzahl der Interessen bestmöglich in Einklang bringt. Ausdrücklich sei festgehalten, dass es aus der Sicht der Regionen nicht nur um die Zahl der Arbeitsplätze, sondern wesentlich auch um die Leitungsfunktionen geht, um den Erfordernissen der Wissensgesellschaft auch in den Ländern gerecht werden zu können. Nur so kann regionale Innovationsfähigkeit gestärkt werden. Das Institut für Föderalismus empfiehlt daher folgende Vorgangsweise:

1. **Herstellung eines politischen Konsenses:** Da die Bundesverwaltung als Ganzes zu sehen ist, ist es geboten, einen politischen Konsens für eine stärkere Dezentralisierung herzustellen. Auf welche Weise dies erreicht werden kann, ist einer politischen Prüfung zu unterziehen. Aus der Sicht des Instituts für Föderalismus könnte eine Diskussion und Meinungsbildung auf Regierungsebene, verbunden mit einem parlamentarischen Initiativantrag ein erfolgversprechender Weg sein.
2. **Festlegung einer Zielmarke:** Da mit einer Dezentralisierung der Verwaltung sehr viele Akteurinnen und Akteure befasst sind, ist die Definition einer Zielmarke vordringlich. Um eine professionelle Organisation zu ermöglichen, die entsprechende Vorlaufzeiten braucht, wird empfohlen, eine mittelfristige Perspektive anzustreben, die konkret **„zehn Prozent in zehn Jahren“** lauten könnte. Damit können jährliche Subziele (1 Prozent) genauso ins Auge gefasst werden wie größere Schritte in planbaren Zeiträumen. Die Empfehlung bezieht sich auf 44.654 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Verwaltungsdienst⁵¹ sowie auf noch näher zu untersuchende nachgeordnete und ausgegliederte Bereiche.

51 „Das Personal des Bundes 2015“, Bundeskanzleramt, Kapitel 2.1 Ministerien und nachgeordnete Dienststellen.

3. **Erhebung der Kontakte aller Bundesdienststellen:** Bürgernähe und Bürgerservice sind vorrangige Entscheidungsparameter, die bei der Verlagerung von Dienststellen eine zentrale Rolle spielen. Das Institut für Föderalismus empfiehlt daher, eine Befragung sämtlicher Dienststellenleiterinnen und -leiter in Auftrag zu geben, mit welcher die bei den jeweiligen Einrichtungen anfallenden Kontakte nach einem vorgegebenen Muster erhoben werden; insbesondere sind (siehe die Kriterien oben) zu eruieren:
- a. Kontakte mit Bürgerinnen und Bürgern, physisch und digital
 - b. Kontakte mit anderen Verwaltungseinrichtungen
 - c. Sonstige Kontakte (Wirtschaft, Interessensvertretungen u.a.)
 - d. Notwendigkeit von Sachverhaltsaufnahmen vor Ort

Aus dieser Befragung sollen Erkenntnisse zu folgenden Kriterien gewonnen werden:

- Abhängigkeit einer Aufgabenerledigung von Sachverhaltsaufnahmen vor Ort
- Struktur der Leistungsempfänger und Kontakte
- Synergien mit anderen Zentralstellen des Bundes und Kontakte

4. **Erstellung mittelfristiger Dezentralisierungskonzepte:** Die Dezentralisierung von Dienststellen greift einerseits massiv in die Lebenssituationen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein und stellt andererseits auch an die neuen Arbeitsorte Anforderungen, wie beispielsweise die Schaffung von Wohnraum. Auch sind die einmaligen Kosten der Verlagerung, aber auch vermutete Mehrkosten einer dezentralen Organisation ein wichtiges Argument, vor allem, um Verlagerungen zu verhindern. Mit der Erstellung mittelfristiger Konzepte der einzelnen Verwaltungskörper können viele Situationen gesteuert werden. Maßgeblich müssen dabei die oben (3.) angeführten Kriterien sein.

In diesem Zusammenhang ist auch die Altersstruktur der Bundesverwaltung entscheidungsrelevant. Einer Studie des Bundeskanzleramts und der Bundesministerin für Frauen und öffentlichen Dienst⁵² ist zu entnehmen, dass bis zum Jahr 2024, also in nur sieben Jahren, 55.000 Personen oder rund 42 Prozent des gesamten Personals in den Ruhestand treten werden.

5. **Die Verwaltung einbinden:** Ergänzend zur politischen Vorgabe von Zielen sollte die Verwaltung selbst in den Prozess eingebunden werden. Niemand weiß besser über die realen Möglichkeiten, die Aufgaben auch dezentral wahrzunehmen, Bescheid wie die Leiterinnen und Leiter der Verwaltungsorganisationen. Ein Anreizsystem könnte zudem die Bereitschaft zur Verlagerung von Dienststellen steigern.

52 Studie: „Handlungsfeld Demografie im Personalmanagement“, Wien 2013.

6. **Pilotprojekte durchführen:** Es ist zu erwarten, dass viele Vorbehalte und Vorurteile gegen die Dezentralisierung von Dienststellen ins Feld geführt werden. Mit der Durchführung und Evaluierung von Pilotprojekten kann der reibungsfreie Ablauf von Verwaltungstätigkeiten, die zunehmend und vielfach zur Gänze digital abgewickelt werden, demonstriert werden (siehe auch Kapitel EU-Agenturen, Seite 13).
7. **Neue Einrichtungen dezentral ansiedeln:** Bei der Schaffung neuer Dienststellen ist es wesentlich einfacher, den Sitz dezentral festzulegen. Es sollte daher eine generelle Vorgabe geschaffen werden, die die dezentrale Ansiedlung neuer Bundesdienststellen vorsieht. Sind aus sachlichen Gründen Ausnahmen erforderlich, sollte eine Begründungspflicht vorgesehen werden.
8. **Dezentralisierung nach faktischen Verhältnissen:** Unter faktischen Verhältnissen werden hier Parameter verstanden, die aus der betrieblichen Situation resultieren. So befindet sich der Großteil der Wildbäche und Lawinen in den Gebirgsländern, was sich auch im Sitz der Administration niederschlagen könnte.
9. **Die „zweite Reihe“ einbeziehen:** Ausgelagerte Einrichtungen bzw. Körperschaften öffentlichen Rechts sind teilweise noch wesentlich zentralistischer organisiert wie die Ministerien und die nachgelagerten Organisationen. So betreiben ÖBB und ORF jeweils mehr als zwanzig Gesellschaften mit beschränkter Haftung, die ihren Sitz zum größten Teil in der Bundeshauptstadt haben. Das Allgemeine Krankenhaus (AKH) ist ein Zentralisierungstreiber im Medizinsektor. Ebenso ist der Sozialversicherungssektor als einer der größten Dienstgeber einer eingehenden Untersuchung zu unterziehen.

IX. Literaturverzeichnis

Bieber Roland/Epiney Astrid/Haag Marcel, Die Europäische Union¹¹ (2015).

Bußjäger Peter, Die „allgemeine staatliche Verwaltung in den Ländern“ – Auslaufmodell oder Zukunftskonzept der Verwaltungsmodernisierung?, ZÖR 62 (2007), S. 175 – 194.

Bußjäger Peter, Sind föderale – und im Besonderen die österreichischen – Staatsstrukturen Ausnahmefälle?, in: Beatrix Karl/Wolfgang Mantl/Klaus Poier/Manfred Prisching/Anita Ziegerhofer (Hrsg.), Steirisches Jahrbuch für Politik 2016 (2017), S. 59 ff.

Bußjäger Peter/Keuschnigg Georg/Radosavljevic Marija, Der Bund und seine Dienststellen. Die Standorte der Bundesvollziehung als Wirtschaftsfaktor und Potenzial der Verwaltungsreform (2015).

Haller Max, Die Zukunft der Regionen in Europa. Föderalismus und Dezentralisierung auf dem Prüfstand, in: Robert Kriechbaumer/Peter Bußjäger (Hrsg.), Das Februarpatent 1861. Zur Geschichte und Zukunft der österreichischen Landtage (2011) S. 33 - 61.

Hooghe Liesbet/Marks Gary/Schakel Arjan H., The Rise of Regional Authority. A Comparative Study of 42 Democracies (1950 – 2006) (2010).

Keuschnigg Christian, WPZ Analyse Nr. 11. Dezentralisierung von Staatsaufgaben (2016).

Nielsen-Sikora Jürgen, Europa der Bürger (2008).

Ranacher Christian, Die allgemeine staatliche Verwaltung in den Ländern als effiziente Regierungsform, JRP 2015, S. 199-208.

Schramek Christoph, Gerichtsbarkeit im Bundesstaat (2017).

Schroeder Werner, Grundkurs Europarecht³ (2013).

Sturm Roland, Die Industriepolitik der Bundesländer und die europäische Integration (1991).

X. Quellenverzeichnis

Bericht gemäß § 42 Abs. 5 BHG zu den Ausgliederungen und Beteiligungen des Bundes (Oktober 2015).

Bericht gemäß § 42 Abs. 5 BHG zu den Ausgliederungen und Beteiligungen des Bundes (Oktober 2016).

Bundesrechnungsabschluss 2015, Textteil Band 1: Bund.

Bundesfinanzgesetz 2016 und 2017, Teilhefte.

Personalbericht des Bundes 2015.

Studie: „Handlungsfeld Demografie im Personalmanagement. Altersdaten und Fakten“ des Bundeskanzleramtes (2013).

XI. Anhang: Liste der berücksichtigten Einrichtungen

Organisation	Organisationsform
Präsidentenkanzlei	Ressort inkl. nachg. DST
Parlamentsdirektion-Verwaltung	Ressort inkl. nachg. DST
Verfassungsgerichtshof (VfGH)	Ressort inkl. nachg. DST
Verwaltungsgerichtshof (VwGH)	Ressort inkl. nachg. DST
Volksanwaltschaft (VA)	Ressort inkl. nachg. DST
Rechnungshof (RH)	Ressort inkl. nachg. DST
Bundeskanzleramt (BKA)	Ressort inkl. nachg. DST
Staatsarchiv	nachgeordnete DST
Bundesverwaltungsgericht (BVwG)	nachgeordnete DST
Statistik Austria	Beteiligung/Ausgliederung
Wiener Zeitung	Beteiligung/Ausgliederung
Bundesministerium für Inneres (BMI)	Ressort inkl. nachg. DST
Landespolizeidirektionen	nachgeordnete DST
Bundeskriminalamt	nachgeordnete DST
Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl	nachgeordnete DST
Bundesamt für Korruptionsprävention und -bekämpfung	nachgeordnete DST
Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres (BMEIA)	Ressort inkl. nachg. DST
Austrian Development Agency (ADA)	Beteiligung/Ausgliederung
Diplomatische Akademie Wien	Beteiligung/Ausgliederung
Österreich Institut GmbH	Beteiligung/Ausgliederung
Bundesministerium für Justiz (BMJ)	Ressort inkl. nachg. DST
Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur	nachgeordnete DST
Oberlandesgerichte	nachgeordnete DST
Justizanstalten	nachgeordnete DST
Justizbetreuungsagentur	Beteiligung/Ausgliederung
Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport (BMLVS)	Ressort inkl. nachg. DST
Bundessporteinrichtungen GmbH	Beteiligung/Ausgliederung
Nationale Anti-Doping Agentur Austria GmbH	Beteiligung/Ausgliederung
SIVEB GmbH (Strat. Immobilien Verwertungs-, Beratungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH)	Beteiligung/Ausgliederung

Bundesministerium für Finanzen (BMF)	Ressort inkl. nachg. DST
Steuer- und Zollverwaltung (Haushaltsführende Stellen)	nachgeordnete DST
Steuer- und Zollkoordination	nachgeordnete DST
Bundesfinanzgericht	nachgeordnete DST
Finanzprokuratur	nachgeordnete DST
Buchhaltungsagentur des Bundes (BHAG)	Beteiligung/Ausgliederung
Bundesbeschaffung GmbH (BBG)	Beteiligung/Ausgliederung
Bundespensionskasse AG	Beteiligung/Ausgliederung
Bundesrechenzentrum GmbH	Beteiligung/Ausgliederung
Felbertauernstraße AG	Beteiligung/Ausgliederung
Finanzmarktaufsicht	Beteiligung/Ausgliederung
Großglockner Hochalpenstraße AG	Beteiligung/Ausgliederung
Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien	Beteiligung/Ausgliederung
Monopolverwaltung	Beteiligung/Ausgliederung
Österreichische Bundesfinanzierungsagentur (ÖBFA)	Beteiligung/Ausgliederung
Österreichische Bundes- und Industriebeteiligungen GmbH (ÖBIB)	Beteiligung/Ausgliederung
Österreichische Industrieholding AG	Beteiligung/Ausgliederung
Verbund AG	Beteiligung/Ausgliederung
Villacher Alpenstraßen-Fremdenverkehrsgesellschaft mbH	Beteiligung/Ausgliederung
Österreichische Nationalbank	Beteiligung/Ausgliederung
Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (BMASK)	Ressort inkl. nachg. DST
Arbeitsinspektorate	nachgeordnete DST
Bundesamt für Soziales und Behindertenwesen	nachgeordnete DST
Arbeitsmarktservice (AMS)	Beteiligung/Ausgliederung
Insolvenz-Entgelt-Fonds (IEF)	Beteiligung/Ausgliederung
Bundesministerium für Gesundheit (BMG)	Ressort inkl. nachg. DST
Gesundheit Österreich GmbH	Beteiligung/Ausgliederung
AGES – Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH	Beteiligung/Ausgliederung
Bundesministerium für Familien und Jugend (BMFJ)	Ressort inkl. nachg. DST
Bundesstelle für Sektenfragen	Beteiligung/Ausgliederung
Familie und Beruf Management GmbH	Beteiligung/Ausgliederung

Bundesministerium für Bildung (BMB)	Ressort inkl. nachg. DST
Bundesinstitut für Bildungsforschung, Innovation und Entwicklung des österreichischen Schulwesens (BIFIE)	Beteiligung/Ausgliederung
Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft (BMWFW)	Ressort inkl. nachg. DST
Studienbeihilfenbehörden	nachgeordnete DST
Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen (BEV)	nachgeordnete DST
Burghauptmannschaft (BHÖ)	nachgeordnete DST
- Burghauptmannschaft (BHÖ)	Budgeteinheit
- Bau- und Liegenschaftsmanagement	Budgeteinheit
Universitäten	Beteiligung/Ausgliederung
Universität Wien	Beteiligung/Ausgliederung
Universität Graz	Beteiligung/Ausgliederung
Universität Innsbruck	Beteiligung/Ausgliederung
Medizinische Universität Wien	Beteiligung/Ausgliederung
Medizinische Universität Graz	Beteiligung/Ausgliederung
Medizinische Universität Innsbruck	Beteiligung/Ausgliederung
Universität Salzburg	Beteiligung/Ausgliederung
Technische Universität Wien	Beteiligung/Ausgliederung
Technische Universität Graz	Beteiligung/Ausgliederung
Montanuniversität Leoben	Beteiligung/Ausgliederung
Universität für Bodenkultur Wien	Beteiligung/Ausgliederung
Veterinärmedizinische Universität Wien	Beteiligung/Ausgliederung
Wirtschaftsuniversität Wien	Beteiligung/Ausgliederung
Universität Linz	Beteiligung/Ausgliederung
Universität Klagenfurt	Beteiligung/Ausgliederung
Universität für angewandte Kunst Wien	Beteiligung/Ausgliederung
Universität für Musik und darstellende Kunst Wien	Beteiligung/Ausgliederung
Universität Mozarteum Salzburg	Beteiligung/Ausgliederung
Kunstuniversität Graz	Beteiligung/Ausgliederung
Universität für künstlerische und industrielle Gestaltung Linz	Beteiligung/Ausgliederung
Akademie der bildenden Künste Wien	Beteiligung/Ausgliederung
Universität für Weiterbildung Krems	Beteiligung/Ausgliederung

Agentur für Qualitätssicherung und Akkreditierung Austria	Beteiligung/Ausgliederung
Bibliothekenverbund	Beteiligung/Ausgliederung
Institute of Science and Technology	Beteiligung/Ausgliederung
Österreichische Akademie der Wissenschaften	Beteiligung/Ausgliederung
Österreichische Austauschdienst-GmbH (OeAD)	Beteiligung/Ausgliederung
Österreichische Mensen Betriebsgesellschaft mbH	Beteiligung/Ausgliederung
PEG MedAustron GmbH	Beteiligung/Ausgliederung
Austria Wirtschaftsservice GmbH (AWS)	Beteiligung/Ausgliederung
Austrian Business Agency (ABA)	Beteiligung/Ausgliederung
BIG (Konzern)	Beteiligung/Ausgliederung
Energie-Control Austria (E-Control)	Beteiligung/Ausgliederung
Rat für Forschung und Technologieentwicklung (FTE-Rat)	Beteiligung/Ausgliederung
Schloss Schönbrunn Kultur- und Betriebsges.m.b.H.	Beteiligung/Ausgliederung
Schönbrunner Tiergarten GmbH	Beteiligung/Ausgliederung
Kunst und Kultur (dem BKA zugeordnet)	Ressort inkl. nachg. DST
Albertina	Beteiligung/Ausgliederung
Austria-Film und Video GmbH	Beteiligung/Ausgliederung
Österreichische Galerie Belvedere	Beteiligung/Ausgliederung
Bundestheaterholding GmbH (Bundestheaterkonzern)	Beteiligung/Ausgliederung
ART for ART Theaterservice GmbH	Beteiligung/Ausgliederung
Burgtheater GmbH	Beteiligung/Ausgliederung
Wiener Staatsoper GmbH	Beteiligung/Ausgliederung
Volksoper Wien GmbH	Beteiligung/Ausgliederung
Österreichisches Filminstitut	Beteiligung/Ausgliederung
Kunsthistorisches Museum inkl. (Weltmuseum Wien und Theatrumuseum)	Beteiligung/Ausgliederung
Museum für angewandte Kunst (MAK)	Beteiligung/Ausgliederung
Museum moderner Kunst Stiftung Ludwig Wien (MUMOK)	Beteiligung/Ausgliederung
MuseumsQuartier Errichtungs- und Betriebsgesellschaft mbH	Beteiligung/Ausgliederung
Österreichische Nationalbibliothek	Beteiligung/Ausgliederung
Naturhistorisches Museum Wien	Beteiligung/Ausgliederung
Technisches Museum Wien mit Österreichischer Mediathek	Beteiligung/Ausgliederung
Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie	Ressort inkl. nachg. DST

(BMVIT)

Österreichisches Patentamt	nachgeordnete DST
Austrian Institute of Technology GmbH (AIT)	Beteiligung/Ausgliederung
FFG Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft mbH	Beteiligung/Ausgliederung
AustriaTech – Ges.	Beteiligung/Ausgliederung
Austro Control GmbH	Beteiligung/Ausgliederung
ASFINAG (Konzern)	Beteiligung/Ausgliederung
Graz-Köflacher Bahn und Busbetrieb GmbH	Beteiligung/Ausgliederung
Lokalbahn Lambach-Vorchdorf-Eggenberg AG	Beteiligung/Ausgliederung
Österreichische Bundesbahnen (ÖBB)	Beteiligung/Ausgliederung
Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH (RTR)	Beteiligung/Ausgliederung
Schienen-Control GmbH	Beteiligung/Ausgliederung
Schieneninfrastruktur-Dienstleistungsgesellschaft mbH (SCHIG)	Beteiligung/Ausgliederung
Österreichische Wasserstraßen GmbH (Via Donau)	Beteiligung/Ausgliederung

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW)

	Ressort inkl. nachg. DST
Dienststellen Landwirtschaft	nachgeordnete DST
Dienststellen Wein	nachgeordnete DST
Forstmanagement	Budgeteinheit
Wassermanagement	Budgeteinheit
Agrarmarkt Austria (AMA)	Beteiligung/Ausgliederung
Bundesforschungs- u. Ausbildungszentrum für Wald, Naturgefahren	Beteiligung/Ausgliederung
Landwirtschaftliche Bundesversuchswirtschaften GmbH (BVW)	Beteiligung/Ausgliederung
Österreichische Bundesforste AG (Öbf)	Beteiligung/Ausgliederung
Spanische Hofreitschule-Bundesgestüt Piber Ges. öff. Rechts	Beteiligung/Ausgliederung
Umweltbundesamt GmbH	Beteiligung/Ausgliederung

FÖDERALISMUS – DOKUMENTE

- FÖDOK 1 Materialien zur Bundesstaatsreform. Innsbruck 1998. ISBN 3-901965-00-9 (€ 5,00)
- FÖDOK 2 Parlamentarische Enquete des Vorarlberger Landtages zum Thema „Föderalismus“ am 27.2.1980 in Bregenz. Innsbruck 1999. ISBN 3-901965-01-7 (€ 5,00)
- FÖDOK 3 **Peter Pernthaler/Stefan Ebensperger**, Die rechtlichen Auswirkungen völkerrechtlicher Abkommen und Normen der Europäischen Union auf die Kompetenzverteilung und Vollziehung des Naturschutzrechts. Innsbruck 1999. ISBN 3-901965-02-5 (€ 5,00)
- FÖDOK 4 **Peter Pernthaler/Anna Gamper**, Verfassungsrechtliche Probleme einer regionalen Beitragsautonomie und der Vertretung kleiner Gebietskrankenkassen im Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. Innsbruck 1999. ISBN 3-901965-03-3 (€ 3,00)
- FÖDOK 5 **Peter Pernthaler**, Die steirische Wasserentnahmesteuer. Verfassungsrechtliche Probleme einer ökologischen Lenkungsabgabe auf Landesebene. Innsbruck 1999. ISBN 3-901965-04-1 (€ 3,00)
- FÖDOK 6 **Christian Ranacher**, Die Totalrevision der Schweizerischen Bundesverfassung 1999. Ein Überblick über den Reformprozess und die wesentlichen Neuerungen. Innsbruck 2000. ISBN 3-901965-05-X (vergriffen)
- FÖDOK 7 **Peter Pernthaler**, Der Einfluss der geplanten Erweiterung der EU auf die Entwicklung des „europäischen Föderalismus“ und die Stellung der Regionen in der EU. Innsbruck 2000. ISBN 3-901965-06-8 (€ 3,00)
- FÖDOK 8 **Christian Smekal/Erich Thöni**, Österreichs Föderalismus zu teuer? Innsbruck 2000. ISBN 3-901965-07-6 (vergriffen)
- FÖDOK 9 **Peter Pernthaler/Ernst Wegscheider**, Der Konsultationsmechanismus in der österreichischen Finanzverfassung, Innsbruck 2000. ISBN 3-901965-08-4 (€ 3,00)
- FÖDOK 10 **Peter Pernthaler/Anna Gamper**, Der abgestufte Bevölkerungsschlüssel als verfassungswidriges Element des Finanzausgleichs, Innsbruck 2000. ISBN 3-901965-09-2 (€ 5,00)
- FÖDOK 11 **Helmut Kramer**, Internationale Vergleichbarkeit der Aufwandsdaten des Staatssektors nach Aufgabenbereichen und Ebenen der Staatstätigkeit, Innsbruck 2000. ISBN 3-901965-10-6 (€ 5,00)
- FÖDOK 12 **Peter Bußjäger** (Hg), Neue Wege der Verwaltungsreform? Innsbruck 2001. ISBN 3-901965-11-4 (€ 3,00)
- FÖDOK 13 **Peter Bußjäger**, Reform und Zukunft des Föderalismus, Innsbruck 2002. ISBN 3-901965-12-2 (vergriffen)
- FÖDOK 14 **Peter Bußjäger** (Hg), Zukunft der regionalen Wirtschafts- und Sozialpolitik, Innsbruck 2003. ISBN 3-901965-13-0 (€ 5,00)
- FÖDOK 15 **Helmut Kramer**, Internationaler Vergleich der Verwaltungskosten. Volkswirtschaftliche und wirtschaftspolitische Interpretation, Innsbruck 2004. ISBN 3-901965-14-9 (€ 5,00)

- FÖDOK 16 **Peter Bußjäger/Daniela Larch**, Landesgesetzgebung und Europäisierungsgrad – eine Untersuchung über die Bindungsdichte der Landesgesetzgebung durch das EU-Recht, Innsbruck 2004. ISBN 3-901965-15-7 (€ 5,00)
- FÖDOK 17 **Gioachino Fraenkel**, Eine kritische Analyse des neuen italienischen Steuerföderalismus, Innsbruck 2004. ISBN 3-901965-16-5 (€ 5,00)
- FÖDOK 18 **Roberto Anero Ordóñez**, Reformprozess und Zukunft des spanischen Finanzausgleichssystems – ein gebundenes Trennsystem für Spanien?, Innsbruck 2004. ISBN 3-901965-17-3 (€ 5,00)
- FÖDOK 19 **Peter Bußjäger/Peter Pernthaler**, Verfassungsbegründung und Verfassungsautonomie – Beiträge zur Entwicklung des österreichischen Bundesstaates, Innsbruck 2004. ISBN 3-901965-18-1 (€ 5,00)
- FÖDOK 20 **Peter Bußjäger/Daniela Larch** (Herausgeber), Die Neugestaltung des föderalen Systems vor dem Hintergrund des Österreich-Konvents, Innsbruck 2004. ISBN 3-901965-19-X (€ 5,00)
- FÖDOK 21 **Peter Bußjäger/Daniela Larch**, Grundlagen und Entwicklungen der bundesstaatlichen Instrumente in Österreich, Innsbruck 2005. ISBN 3-901965-20-3 (€ 5,00)
- FÖDOK 22 **Peter Bußjäger**, Klippen einer Föderalismusreform – Die Inszenierung Österreich-Konvent zwischen Innovationsresistenz und Neojosephinismus, Innsbruck 2005. ISBN 3-901965-21-1 (€ 5,00)
- FÖDOK 23 **Peter Bußjäger/Silvia Bär/Ulrich Willi**, Kooperativer Föderalismus im Kontext der Europäischen Integration, Innsbruck 2006. ISBN 3-901965-22-X, 978-3-90165-22-7 (€ 7,00)
- FÖDOK 24 **Vladislava Hristozova**, Die Europäische Integration: Vorteile oder Nachteile für die subnationalen Gebietskörperschaften. Eine vergleichende Fallstudie von Österreich und der Tschechischen Republik, Innsbruck 2007. ISBN 3-901965-23-4 (€ 7,00)
- FÖDOK 25 **Oskar Peterlini, Föderalistische Entwicklung und Verfassungsreform in Italien**, Ein Streifzug von den gescheiterten Föderalismusdiskussionen in den 90er Jahren, über die neue Verfassung von 2001, den Weg zu einem neuen Wahlgesetz zum Steuerföderalismus, Innsbruck 2007. ISBN 978-3-901965-24-1 (€ 7,00)
- FÖDOK 26 **Peter Bußjäger** (Herausgeber), Dienstrechtsreformen im Bundesstaat, Innsbruck 2007. ISBN 978-3-901965-25-8 (€ 7,00)
- FÖDOK 27 **Oskar Peterlini**, Evoluzione in senso federale e riforma costituzionale in Italia. Un percorso dalle discussioni sul federalismo degli anni '90, passando dalla nuova Costituzione del 2001, fino alla nuova legge elettorale ed il federalismo fiscale, Innsbruck 2008. ISBN 978-3-901965-26-5 (vergriffen)
- FÖDOK 28 **Peter Bußjäger/Karl Kössler**, Die Föderalismusreform in Deutschland und ihre Erkenntnisse für die Verfassungsreform in Österreich. Innsbruck 2008. ISBN 978-3-901965-27-2 (€ 7,00)
- FÖDOK 29 **Niklas Sonntag**, Europaausschüsse in Bund und Ländern. Innsbruck 2008. ISBN 978-3-901965-28-9 (€ 5,00)
- FÖDOK 30 **Christina Schön**, Zur EU-Politik der österreichischen Bundesländer – unter besonderer Berücksichtigung ihrer regionalpolitischen Interessen. Innsbruck 2009. ISBN 978-3-901965-29-6 (€ 7,00)
- FÖDOK 31 **Stefan Waschmann**, Transposition von EU-Richtlinien auf Ebene der österreichischen Bundesländer. Innsbruck 2009. ISBN 978-3-901965-30-2 (€ 7,00)

- FÖDOK 32 **Peter Bußjäger/Jens Woelk** (Herausgeber), Selbständigkeit und Integration im Alpenraum. Streiflichter zu einem komplexen Projekt. Innsbruck 2009. ISBN 978-3-901965-31-9 (vergriffen)
- FÖDOK 33 **Esther Seha**, Verfassungspolitik in westeuropäischen Demokratien. Finnland, Österreich und die Schweiz im Vergleich. Innsbruck 2010. ISBN 978-3-901965-33-3 (vergriffen)
- FÖDOK 34 **Peter Bußjäger/Stefan August Lütgenau/Erich Thöni**, Föderalismus im 21. Jahrhundert. Effizienz und Verantwortung im modernen föderalistischen Staat. Innsbruck 2012. ISBN 978-3-901965-34-0 (vergriffen)
- FÖDOK 35 **Peter Bußjäger/Georg Keuschnigg/Marija Radosavljevic**, Der Bund und seine Dienststellen. Zentralisierung und Dezentralisierung – die Standorte der Bundesvollziehung als Wirtschaftsfaktor und Potenzial der Verwaltungsreform. Eine vergleichende verwaltungswissenschaftliche Studie. Innsbruck 2015. ISBN 978-3-901965-35-7 (€ 5,00)
- FÖDOK 36 **Institut für Föderalismus** (Herausgeber), Regionale Kompetenzverteilung und wirtschaftlicher Erfolg – Studie der BAK Basel Economics AG. Innsbruck 2016. ISBN 978-3-901965-36-4 (€ 5,00)
- FÖDOK 37 **Peter Bußjäger/Niklas Sonntag** (Herausgeber), Verwaltungsgerichtsbarkeit: Erfahrungen und Praxisberichte in Tirol. Innsbruck 2016. ISBN 978-3-901965-37-1 (€ 5,00)
- FÖDOK 38 **Peter Bußjäger/Stephanie Baur/Georg Keuschnigg/Niklas Sonntag**, Interkommunale Zusammenarbeit in Tirol. Aktuelle Strukturen und künftige Potenziale im überregionalen Vergleich. Innsbruck 2016. ISBN 978-3-901965-38-8 (€ 5,00)
- FÖDOK 39 **Peter Bußjäger/Florian Hornsteiner/Georg Keuschnigg**, Interkommunale Zusammenarbeit in Vorarlberg. Strukturen und Möglichkeiten – eine Praxisanalyse. Innsbruck 2016. ISBN 978-3-901965-39-5 (€ 5,00)
- FÖDOK 40 **Peter Bußjäger/Georg Keuschnigg/Christian Mayr/Yvonne Ohnewas/Christoph Schramek**, Dezentralisierungspotenziale in der Bundesverwaltung. Zahlen und Fakten. Innsbruck 2017. ISBN 978-3-901965-40-1 (€ 5,00)

SCHRIFTENREIHE DES INSTITUTS FÜR FÖDERALISMUS

- Bd. 1 **Peter Pernthaler**, Die Zuständigkeitsverteilung zwischen Bund und Ländern auf dem Gebiete der Verwaltungsorganisation. 1976. ISBN 3-7003-0479-X (€ 7,21)
- Bd. 2 **Theo Öhlinger**, Der Bundesstaat zwischen Reiner Rechtslehre und Verfassungsrealität. 1976. ISBN 3-7003-0129-4 (vergriffen)
- Bd. 3 **Felix Ermacora**, Österreichischer Föderalismus. Vom patrimonialen zum kooperativen Bundesstaat. 1976. ISBN 3-7003-0144-8 (vergriffen)
- Bd. 4 **Peter Pernthaler**, Die Kollegialbehörden mit richterlichem Einschlag. 1977. ISBN 3-7003-0478-X (vergriffen)
- Bd. 5 **Martin Usteri**, Die Funktion der Regierung im modernen föderalistischen Staat. 1977. ISBN 3-7003-0482-X (vergriffen)
- Bd. 6 **Fried Esterbauer/Guy Heraud/Peter Pernthaler** (Herausgeber), Föderalismus als Mittel permanenter Konfliktregelung. 1977. ISBN 3-7003-0161-8 (vergriffen)
- Bd. 7 **Manfried Gantner**, Der abgestufte Bevölkerungsschlüssel als Problem der Länder und Gemeinden. 1978. ISBN 3-7003-0181-2 (vergriffen)
- Bd. 8 **Siegbert Morscher**, Rechtliche Probleme bei der Schaffung innerstaatlicher grenzüberschreitender Einrichtungen und Organe durch die österreichischen Bundesländer. 1978. ISBN 3-7003-0182-0 (€ 17,44)
- Bd. 9 **Theo Öhlinger**, Verträge im Bundesstaat. 1978. ISBN 3-7003-0183-9 (vergriffen)
- Bd. 10 **Erich Thöni**, Privatwirtschaftsverwaltung und Finanzausgleich. 1978. ISBN 3-7003-0184-7 (vergriffen)
- Bd. 11 **Georg Schmitz**, Der Landesamtsdirektor. 1978. ISBN 3-7003-0203-7 (vergriffen)
- Bd. 12 **Felix Ermacora**, Die bundesstaatliche Kostentragung gemäß § 2 F-VG. 1979. ISBN 3-7003-0214-2 (€ 7,99)
- Bd. 13 **Peter Pernthaler/Karl Weber**, Theorie und Praxis der Bundesaufsicht in Österreich. 1979. ISBN 3-7003-0215-0 (€ 12,21)
- Bd. 14 **Peter Pernthaler**, Die Staatsgründungsakte der österreichischen Bundesländer. Eine staatsrechtliche Untersuchung über die Entstehung des Bundesstaates. 1979. ISBN 3-7003-0226-6 (€ 21,66)
- Bd. 15 **Peter Pernthaler** (Herausgeber), Direkte Demokratie in den Ländern und Gemeinden. 1980. ISBN 3-7003-0245-2 (€ 14,39)
- Bd. 16 **Peter Häberle**, Kulturverfassungsrecht im Bundesstaat. 1980. ISBN 3-7003-0247-9 (vergriffen)
- Bd. 17 **Bernd-Christian Funk**, Das System der bundesstaatlichen Kompetenzverteilung im Lichte der Verfassungsrechtsprechung. 1980. ISBN 3-7003-0250-9 (vergriffen)
- Bd. 18 **Karl Weber**, Kriterien des Bundesstaates. Eine systematische, historische und rechtsvergleichende Untersuchung der Bundesstaatlichkeit der Schweiz, der Bundesrepublik Deutschland und Österreich. 1980. ISBN 3-7003-0251-7 (vergriffen)
- Bd. 19 **Peter Pernthaler**, Das Forderungsprogramm der österreichischen Bundesländer. 1980. ISBN 3-7003-0252-5 (€ 28,34)
- Bd. 20 **Wilhelm Kundratitz** (Herausgeber), Staat, Recht, Politik. Eine Befragung Jugendlicher zum Bildungshintergrund. 1981. ISBN 3-7003-0270-3 (€ 20,35)

- Bd. 21 **Siegbert Morscher**, Land und Provinz. Vergleich der Befugnisse der autonomen Provinz Bozen mit den Kompetenzen der österreichischen Bundesländer. 1981. ISBN 3-7003-0282-7 (vergriffen)
- Bd. 22 **Wolfgang Pesendorfer**, Der innere Dienstbetrieb im Amt der Landesregierung. 1981. ISBN 3-7003-0299-1 (vergriffen)
- Bd. 23 **Peter Pernthaler** (Herausgeber), Dezentralisation und Selbstorganisation. Theoretische Probleme und praktische Erfahrungen. 1982. ISBN 3-7003-0308-4 (€ 24,20)
- Bd. 24 **Theo Öhlinger**, Die Anwendung des Völkerrechts auf Verträge im Bundesstaat. 1982. ISBN 3-7003-0320-3 (€ 13,44)
- Bd. 25 **Harald Stolzechner**, Republik – Bund – Land. Fragen der Vermögensaufteilung in einem Bundesstaat. 1982. ISBN 3-7003-0318-1 (€ 14,39)
- Bd. 26 **Peter Pernthaler/Irmgard Kathrein/Karl Weber**, Der Föderalismus im Alpenraum. Voraussetzungen, Zustand, Ausbau und Harmonisierung im Sinne eines alpenregionalen Leitbildes. 1982. ISBN 3-7003-0341-6 (€ 49,42)
- Bd. 27 **Peter Pernthaler**, Land, Volk und Heimat als Kategorien des österreichischen Verfassungsrechts. 1982. ISBN 3-7003-0347-5 (€ 11,63)
- Bd. 28 **Peter Pernthaler/Karl Weber**, Landesbürgerschaft und Bundesstaat. Der Status des Landesbürgers als Kriterium des Bundesstaates und Maßstab der Demokratie in den Ländern. 1983. ISBN 3-7003-0364-5 (€ 20,35)
- Bd. 29 **Irmgard Kathrein**, Der Bundesrat in der Ersten Republik. Studie über die Entstehung und die Tätigkeit des Bundesrates der Republik Österreich. 1983. ISBN 3-7003-0365-3 (€ 14,54)
- Bd. 30 **Richard Schmidjell/Karl Fink/Werner Plunger/Hans Moser**, Regionalpolitik der österreichischen Bundesländer. 1983. ISBN 3-7003-0524-9 (vergriffen)
- Bd. 31 **Siegbert Morscher** (Herausgeber), Föderalistische Sozialpolitik. 1983. ISBN 3-7003-0519-2 (vergriffen)
- Bd. 32 **Josef Werndl**, Die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern. Ihre Ausgangslage, Entwicklung und Bedeutungsverschiebung auf der Grundlage des Bundes-Verfassungsgesetzes von 1920. 1984. ISBN 3-7003-0566-4 (€ 26,96)
- Bd. 33 **Peter Pernthaler**, Österreichische Finanzverfassung. Theorie – Praxis – Reform. 1984. ISBN 3-7003-0606-7 (€ 33,07)
- Bd. 34 **Peter Pernthaler** (Herausgeber), Die Rolle der Länder in der Umfassenden Landesverteidigung. 1984. ISBN 3-7003-0607-5 (vergriffen)
- Bd. 35 **Christian Smekal/Manfried Gantner**, Die längerfristige Entwicklung der öffentlichen Finanzwirtschaft in Österreich im Zeitraum 1950 – 1983. 1985. ISBN 3-7003-0608-3 (vergriffen)
- Bd. 36 **Georg Schmitz**, Die Anfänge des Parlamentarismus in Niederösterreich. Landesordnung und Selbstregierung 1861 – 1873. 1985. ISBN 3-7003-0636-9 (€ 47,96)
- Bd. 37 **Bernd Stampfer**, Recht der Abfallwirtschaft in Österreich. Analysen einer komplexen Verwaltungsaufgabe zwischen Bund und Ländern. 1986. ISBN 3-7003-0687-3 (vergriffen)
- Bd. 38 **Peter Pernthaler** (Herausgeber), Föderalistische Verwaltungsrechtspflege als wirksamer Schutz der Menschenrechte. 1986. ISBN 3-7003-0685-7 (vergriffen)
- Bd. 39 **Siegbert Morscher**, Die Gewerbekompetenz des Bundes. 1987. ISBN 3-7003-0810-1 (€ 23,26)
- Bd. 40 **Peter Pernthaler**, Zivilrechtswesen und Landeskompetenz. 1987. ISBN 3-7003-0723-3 (vergriffen)

- Bd. 41 **Karl Weber**, Die mittelbare Bundesverwaltung. Eine verfassungs- und verwaltungsrechtliche Untersuchung der Organisation und Verwaltung des Bundes im Bereich der Länder außer Wien, zugleich eine Geschichte der Behörden der allgemeinen staatlichen Verwaltung in den Ländern außer Wien. 1987. ISBN 3-7003-0738-1 (€ 59,59)
- Bd. 42 **Klaus Berchtold**, Die Verhandlungen zum Forderungsprogramm der Bundesländer seit 1956. 1988. ISBN 3-7003-0752-7 (€ 20,35)
- Bd. 43 **Peter Pernthaler**, Föderalistische Bedeutung der Landes-Hypothekenbanken. 1988. ISBN 3-7003-0781-1 (vergriffen)
- Bd. 44 **Stefan Huber/Peter Pernthaler** (Herausgeber), Föderalismus und Regionalismus in europäischer Perspektive. 1988. ISBN 3-7003-0763-2 (vergriffen)
- Bd. 45 **Peter Pernthaler** (Herausgeber), Föderalistische Kulturpolitik. 1988. ISBN 3-7003-0798-5 (€ 18,17)
- Bd. 46 **Peter Pernthaler**, Kompetenzverteilung in der Krise. Voraussetzungen und Grenzen der Kompetenzinterpretation in Österreich. 1989. ISBN 3-7003-0811-6 (€ 24,71)
- Bd. 47 **Peter Pernthaler** (Herausgeber), Auswirkungen eines EG-Beitrittes auf die föderalistische Struktur Österreichs. 1989. ISBN 3-7003-0848-5 (€ 21,08)
- Bd. 48 **Wolfgang Burtscher**, EG-Beitritt und Föderalismus. Folgen einer EG-Mitgliedschaft für die bundesstaatliche Ordnung Österreichs. 1990. ISBN 3-7003-0864-7 (vergriffen)
- Bd. 49 **Fried Esterbauer/Peter Pernthaler** (Herausgeber), Europäischer Regionalismus am Wendepunkt - Bilanz und Ausblick. 1991. ISBN 3-7003-0907-4 (€ 23,98)
- Bd. 50 **Peter Pernthaler** (Herausgeber), Außenpolitik der Gliedstaaten und Regionen. 1991. ISBN 3-7003-0930-9 (€ 23,26)
- Bd. 51 **Peter Pernthaler** (Herausgeber), Neue Wege der Föderalismusreform. 1992. ISBN 3-7003-0949-X (€ 23,26)
- Bd. 52 **Bernd-Christian Funk/Joseph Marko/Peter Pernthaler**, Die innerstaatliche Umsetzung der Vergaberichtlinien der EG., 1992. ISBN 3-7003-0974-0 (vergriffen)
- Bd. 53 **Peter Pernthaler**, Das Länderbeteiligungsverfahren an der europäischen Integration. 1992. ISBN 3-7003-0976-7 (€ 15,26)
- Bd. 54 **Stefan Hammer**, Länderstaatsverträge. Zugleich ein Beitrag zur Selbständigkeit der Länder im Bundesstaat. 1992. ISBN 3-7003-0984-8 (€ 31,61)
- Bd. 55 **Peter Pernthaler**, Der differenzierte Bundesstaat. Theoretische Grundlagen, praktische Konsequenzen und Anwendungsbereiche in der Reform des österreichischen Bundesstaates. 1992. ISBN 3-7003-0988-0 (vergriffen)
- Bd. 56 **Peter Pernthaler** (Herausgeber), Unabhängige Verwaltungssenate und Verwaltungsgerichtsbarkeit. 1993. ISBN 3-7003-1011-0 (€ 42,44)
- Bd. 57 **Heinz Schäffer/Harald Stolzechner** (Herausgeber), Reformbestrebungen im österreichischen Bundesstaatssystem. 1993. ISBN 3-7003-1015-3 (€ 17,49)
- Bd. 58 **Peter Pernthaler** (Herausgeber), Föderalistische Raumordnung – eine europäische Herausforderung. 1994. ISBN 3-7003-1041-2 (€ 15,99)
- Bd. 59 **Gerhard Thurner**, Der Bundesstaat in der neueren Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes unter besonderer Berücksichtigung der Kompetenzverteilung. 1994. ISBN 3-7003-1042-0 (€ 35,61)
- Bd. 60 **Michael Morass**, Regionale Interessen auf dem Weg in die Europäische Union. Strukturelle Entwicklung und Perspektiven der Interessenvermittlung österreichischer und deutscher Landesakteure im Rahmen der Europäischen Integration. 1994. ISBN 3-7003-1048-X (€ 37,79)
- Bd. 61 **Peter Pernthaler** (Herausgeber), Reform der föderalistischen Finanzordnung. 1994. ISBN 3-7003-1075-7 (€ 23,26)

- Bd. 62 **Karl Weber/Martin Schlag**, Sicherheitspolizei und Föderalismus. Eine Untersuchung über die Organisation der Sicherheitsverwaltung in Österreich. 1995. ISBN 3-7003-1082-X (€ 23,26)
- Bd. 63 **Peter Bußjäger**, Die Naturschutzkompetenzen der Länder. 1995. ISBN 3-7003-1084-6 (€ 23,26)
- Bd. 64 **Klaus Eisterer**, Die Schweiz als Partner. Zum eigenständigen Außenhandel der Bundesländer Vorarlberg und Tirol mit der Eidgenossenschaft 1945 — 1947. 1995. ISBN 3-7003-1116-8 (€ 13,08)
- Bd. 65 **Peter Pernthaler/Georg Lukasser/Irmgard Rath-Kathrein**, Gewerbe – Landwirtschaft – Veranstaltungswesen. Drei Fallstudien zur Abgrenzung der Bundes- und Landeskompentenzen im Wirtschafts- und Berufsvertretungsrecht. 1996. ISBN 3-7003-1135-4 (€ 20,35)
- Bd. 66 **Fritz Staudigl/Renate Fischler** (Herausgeber), Die Teilnahme der Bundesländer am europäischen Integrationsprozeß. 1996. ISBN 3-7003-1162-1 (€ 13,44)
- Bd. 67 **Karl Weber/Irmgard Rath-Kathrein** (Herausgeber), Neue Wege der Allgemeinen Staatslehre. 1996. ISBN 3-7003-1167-2 (€ 20,35)
- Bd. 68 **Peter Pernthaler**, Kammern im Bundesstaat. Verfassungsrechtliche und verfassungspolitische Gesichtspunkte einer stärkeren Föderalisierung der Kammern in Österreich. 1996. ISBN 3-7003-1170-2 (€ 16,42)
- Bd. 69 **Fridolin Zanon**, Das 2. Verstaatlichungsgesetz 1947 im Lichte der europarechtlichen Entwicklung. 1996. ISBN 3-7003-1171-0 (€ 15,99)
- Bd. 70 **Peter Pernthaler** (Herausgeber), Bundesstaatsreform als Instrument der Verwaltungsreform und des europäischen Föderalismus. 1997. ISBN 3-7003-1190-7 (€ 31,83)
- Bd. 71 **Josef Unterlechner**, Die Mitwirkung der Länder am EU-Willensbildungs-Prozeß: Normen – Praxis – Wertung. 1997. ISBN 3-7003-1206-7 (€ 33,14 vergriffen)
- Bd. 72 **Sigrid Buchsteiner**, Die Verpflichtung der Gebietskörperschaften zur Tragung ihres Aufwandes. Eine Analyse des bundesstaatlichen Kostentragungsgrundsatzes und der Kostenregelungskompetenz. 1998. ISBN 3-7003-1218-0 (€ 23,26)
- Bd. 73 **Peter Pernthaler/Nicoletta Bucher/Anna Gamper**, Bibliographie zum österreichischen Bundesstaat und Föderalismus 1998. ISBN 3-7003-1224-5 (€ 27,62)
- Bd. 74 **Peter Pernthaler** (Herausgeber), Das Recht des Wassers in nationaler und internationaler Perspektive. 1998. ISBN 3-7003-1226-1 (€ 27,62)
- Bd. 75 **Peter Bußjäger**, Die Organisationshoheit und Modernisierung der Landesverwaltungen. 1999. ISBN 3-7003-1261-X (€ 45,78)
- Bd. 76 **Peter Pernthaler** (Herausgeber), Auswirkungen des EU-Rechts auf die Länder. 1999. ISBN 3-7003-1209-3 (€ 27,62)
- Bd. 77 **Peter Pernthaler/Helmut Schreiner** (Herausgeber), Die Landesparlamente als Ausdruck der Identität der Länder. 2000. ISBN 3-7003-1320-9 (€ 21,66)
- Bd. 78 **Andreas Rosner**, Koordinationsinstrumente der österreichischen Länder. 2000. ISBN 3-7003-1321-7 (€ 40,70)
- Bd. 79 **Karl Weber/Magdalena Pöschl**, Die Haftung der Länder in der mittelbaren Bundesverwaltung. 2000. ISBN 3-7003-1326-8 (€ 20,35)
- Bd. 80 **Peter Bußjäger**, Die Zustimmungsrechte des Bundesrates. 2001. ISBN 3-7003-1357-8 (€ 20,35)
- Bd. 81 **Sigrid Lebitsch-Buchsteiner**, Die bundesstaatliche Rücksichtnahmepflicht. 2001. ISBN 3-7003-1358-6 (€ 18,89)
- Bd. 82 **Peter Bußjäger/Friedrich Lachmayer** (Herausgeber), Rechtsbereinigung und Landesrechtsdokumentation. 2001. ISBN 3-7003-1261-6 (€ 18,00)

- Bd. 83 **Peter Pernthaler/Peter Bußjäger** (Herausgeber), Ökonomische Aspekte des Föderalismus. 2001. ISBN 3-7003-1369-1 (€ 21,00)
- Bd. 84 **Peter Bußjäger/Christoph Kleiser** (Herausgeber), Legistik und Gemeinschaftsrecht. 2001. ISBN 3-7003-1370-5 (€ 20,00)
- Bd. 85 **Peter Bußjäger** (Herausgeber), Vollzug von Bundesrecht durch die Länder. 2002. ISBN 3-7003-1401-9 (€ 26,00)
- Bd. 86 **Christian Ranacher**, Die Funktion des Bundes bei der Umsetzung des EU-Rechts durch die Länder. 2002. ISBN 3-7003-1420-5 (€ 49,90)
- Bd. 87 **Stefan Mayer**, Regionale Europapolitik. Die österreichischen Bundesländer und die europäische Integration. Institutionen, Interessendurchsetzung und Diskurs bis 1998. 2002. ISBN 3-7003-1396-9 (€ 47,90)
- Bd. 88 **Harald Stolzlechner**, Zur rechtlichen Behandlung von Sportanlagen. 2002. ISBN 3-7003-1425-6 (€ 10,90)
- Bd. 89 **Peter Bußjäger**, Katastrophenprävention und Katastrophenbekämpfung im Bundesstaat. 2003. ISBN 3-7003-1431-0 (vergriffen)
- Bd. 90 **Gernot Meirer**. Die Verbindungsstelle der Bundesländer oder Die gewerkschaftliche Organisierung der Länder. 2003. ISBN 3-7003-1435-3 (€ 42,90)
- Bd. 91 **Peter Bußjäger** (Herausgeber), Moderner Staat und innovative Verwaltung. 2003. ISBN 3-7003-1445-0 (€ 21,00)
- Bd. 92 **Peter Bußjäger/Anna Gamper** (editors), The Homogeneity of Democracy, Rights and the Rule of Law in Federal or Confederal Systems. 2003. ISBN 3-7003-1453-1 (€ 24,90).
- Bd. 93 **Peter Bußjäger** (Herausgeber), Föderalistische Lösungen für die Finanzierung des Gesundheitswesens. 2004. ISBN 3-7003-1486-8 (€ 13,90)
- Bd. 94 **Peter Bußjäger/Jürgen Weiss** (Herausgeber), Die Zukunft der Mitwirkung der Länder an der Bundesgesetzgebung. 2004. ISBN 3-7003-1487-6 (€ 20,90)
- Bd. 95 **Helmut Kramer**, Ökonomische Aspekte der Bundesstaatsreform. 2004. ISBN 3-7003-1491-4 (€ 18,90)
- Bd. 96 **Peter Bußjäger/Rudolf Hrbek** (Herausgeber), Projekte der Föderalismusreform – Österreich-Konvent und Föderalismuskommission im Vergleich. 2005. ISBN 3-7003-1528-3 (€ 18,90 vergriffen)
- Bd. 97 **Ulrich Willi**, Die Bundesverfassungskonformität der Vorarlberger „Volksgesetzgebung“, 2005. ISBN 3-7003-1563-5 (€ 22,90)
- Bd. 98 **Anna Gamper/Peter Bußjäger** (Herausgeber), Subsidiarität anwenden: Regionen, Staaten, Europäische Union. La sussidiarietà applicata: Regioni, Stati, Unione Europea. 2006. ISBN 3-7003-1580-5 (€ 32,90)
- Bd. 99 **Peter Bußjäger** (Herausgeber), Finanzausgleich und Finanzverfassung auf dem Prüfstand. 2006. ISBN 3-7003-1589-9 (€ 20,90)
- Bd. 100 **Peter Bußjäger**, Homogenität und Differenz – Zur Theorie der Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern in Österreich. 2006. ISBN 3-7003-1595-3 (€ 32,90)
- Bd. 101 **Werner Schroeder/Karl Weber**, Die Kompetenzrechtsreform. Aus österreichischer und europäischer Perspektive, 2006. ISBN 3-7003-1608-9 (€ 29,90)
- Bd. 102 **Peter Bußjäger** (Herausgeber), Katastrophenschutz als Aufgabe und Verantwortung im Bundesstaat. 2007. ISBN 978-3-7003-1631-2 (€ 22,90)
- Bd. 103 **Peter Bußjäger** (Herausgeber), Beiträge zum Länderparlamentarismus. Zur Arbeit der Landtage. ISBN 978-3-7003-1632-9 (€ 27,90)
- Bd. 104 **Gerhard Lehner**, Länderausgaben. Tendenzen in wichtigen Aufgabenbereichen. 2007. ISBN 978-3-7003-1653-4 (€ 19,90)

- Bd. 105 **Stefan Hammer/Peter Bußjäger** (Herausgeber), Außenbeziehungen im Bundesstaat. 2007. ISBN 978-3-7003-1668-8 (€ 22,90)
- Bd. 106 **Peter Bußjäger/Felix Knüpling** (Herausgeber), Können Verfassungsreformen gelingen? 2008. ISBN 978-3-7003-1671-8 (€ 32,90)
- Bd. 107 **Peter Bußjäger** (Herausgeber), Sozialkapital, regionale Identität und Föderalismus. 2008. ISBN 978-3-7003-1675-6 (€ 22,90)
- Bd. 108 **Astrid Berger**, Netzwerk Raumplanung – im Spannungsfeld der Kompetenzverteilung. 2008. ISBN 978-3-7003-1685-5 (€ 32,90)
- Bd. 109 **Peter Bußjäger** (Herausgeber), Die Zukunft der parlamentarischen Kontrolle. 2009. ISBN 978-3-7003-1708-1 (€ 26,90)
- Bd. 110 **Peter Bußjäger** (Herausgeber), Parlamentarische Kontrolle und Ausgliederung. 2009. ISBN 978-3-7003-1738-8 (€ 24,90)
- Bd. 111 **Peter Bußjäger** (Herausgeber), Kooperativer Föderalismus in Österreich. Beiträge zur Verflechtung von Bund und Ländern. 2010. ISBN 978-3-7003-1748-7 (€ 27,90)
- Bd. 112 **Andreas Rosner/Peter Bußjäger** (Herausgeber), Im Dienste der Länder – im Interesse des Gesamtstaates. Festschrift 60 Jahre Verbindungsstelle der Bundesländer. 2011. ISBN 978-3-7003-1787-6 (€ 49,90)
- Bd. 113 **Peter Bußjäger/Anna Gamper/Esther Happacher/Jens Woelk** (Hg), Der Europäische Verbund territorialer Zusammenarbeit (ETVZ): Neue Chancen für die Europa-region Tirol-Südtirol-Trentino. 2011. ISBN 978-3-7003-1811-8 (€ 26,90)
- Bd. 114 **Martin C. Wittmann**, Der Senat der Italienischen Republik und der Bundesrat der Republik Österreich. Ein rechts- und politikwissenschaftlicher Vergleich, 2012. ISBN 978-3-7003-1831-6 (58,00)
- Bd. 115 **Peter Bußjäger/Niklas Sonntag** (Herausgeber), Gemeindekooperationen. Chancen nutzen – Potenziale erschließen. 2012. ISBN 978-3-7003-1852-1 (€ 20,00)
- Bd. 116 **Peter Bußjäger/Christian Gsodam** (Herausgeber), Multi-Level-Governance im Alpenraum – Die Praxis der Zusammenarbeit im Mehrebenensystem. 2013. ISBN 978-3-7003-1853-8 (€ 32,00)
- Bd. 117 **Peter Bußjäger/Anna Gamper/Christian Ranacher/Niklas Sonntag** (Herausgeber), Die neuen Landesverwaltungsgerichte. Grundlagen – Organisation – Verfahren. 2013. ISBN 978-3-7003-1879-8 (€ 30,90)
- Bd. 118 **Peter Bußjäger/Alexander Balthasar/Niklas Sonntag** (Herausgeber), Direkte Demokratie im Diskurs. Beiträge zur Reform der Demokratie in Österreich. 2014. ISBN 978-3-7003-1897-2 (€ 29,90)
- Bd. 119 **Gudrun M. Grabher/Ursula Mathis-Moser** (editors), Regionalism(s). A Variety of Perspectives from Europe and the Americas, 2014. ISBN 978-3-7003-1926-9 (€ 20,00)
- Bd. 120 **Martin P. Schennach**, Vom k.k. Ärar zum Bundesschatz? Das Staatsvermögen der Habsburgermonarchie und die Entstehung des österreichischen Bundesstaates, 2015. ISBN 978-3-7003-1936-8 (€ 32,00)
- Bd. 121 **Peter Bußjäger/Anna Gamper** (Herausgeber), Demokratische Innovation und Partizipation in der Europaregion. 2015. ISBN 978-3-7003-1949-8 (€ 23,00)
- Bd. 122 **Christoph Schramek**, Gerichtsbarkeit im Bundesstaat. Auswirkungen der Verwaltungsgerichtsbarkeits-Novelle 2012 auf die Länder. 2017. ISBN 978-3-7003-1998-6 (€ 24,00)
- Bd. 123 **Peter Bußjäger/Anna Gamper/Christian Ranacher** (Herausgeber), Landesverwaltungsgerichtsbarkeit: Funktionsbedingungen und Internationaler Vergleich. 2017. ISBN 978-3-7003-2050-0 (€ 25,00)

SCHRIFTENREIHE VERWALTUNGSRECHT

- Bd. 1 **Eberhard W. Lang**, Tiroler Agrarrecht I. Das Recht der Grundzusammenlegung, Flurbereinigung und des landwirtschaftlichen Siedlungsverfahrens. 1989. ISBN 3-7003-0809-4 (vergriffen)
- Bd. 2 **Eberhard W. Lang**, Tiroler Agrarrecht II. Das Recht der Einforstungsrechte (Wald- und Weideservituten) und der agrargemeinschaftlichen Grundstücke. 1991. ISBN 3-7003-0922-8 (vergriffen)
- Bd. 3 **Peter Pernthaler/Evelyn Maria Stefani**, Der autonome Sektor der Sozialpolitik in Vorarlberg. Modell einer Entwicklung des Sozialstaates auf der Grundlage von Subsidiarität und Solidarität. 1990. ISBN 3-7003-0860-4 (€ 19,62)
- Bd. 4 **Günter Reimeir**, Rechtsprobleme der Planung von Einkaufszentren. 1992. ISBN 3-7003-0950-3 (€ 26,16)
- Bd. 5 **Helmut Schwamberger – Eberhard W. Lang**, Tiroler Agrarrecht III. Bringungsrechte. 1993. ISBN 3-7003-0995-3 (vergriffen)
- Bd. 6 **Eugen Kanonier**, Rechtliche Aspekte der Wegefreiheit im Bergland. 1997. ISBN 3-7003-1209-1 (€ 28,34)
- Bd. 7 **Harald Kraft**, Das Vorarlberger Abgabenrecht. Praxiskommentar. Teil I: Abgabenverfahrensrecht. 2001. ISBN 3-7003-1383-7.
Harald Kraft, Das Vorarlberger Abgabenrecht. Praxiskommentar. Teil II: Materielles Abgabenrecht. 2001. ISBN 3-7003-1384-5 (€ 58,-)
- Bd. 8 **Klaus Heißenberger**, Das NÖ Landesgesetzblatt – Ein Modell für eine Konsolidierung von Rechtsvorschriften. 2005. ISBN 3-7003-1537-6 (€ 39,90)
- Bd. 9 **Peter Bußjäger** (Herausgeber), Verwaltungsmodernisierung in den Ländern 2000-2010 – Prozesse und Resultate. 2011. ISBN 978-3-7003-1789-0 (€ 26,90)
- Bd. 10 **Alexander Balthasar/Peter Bußjäger/Manfred Matzka** (Herausgeber), Effiziente Regierungsorganisation. Das Reformvorhaben „Amt der Bundesregierung“ im internationalen Vergleich. 2015. ISBN 978-3-7003-1934-4 (€ 29,90)
- Bd. 11 **Vereinbarungen gemäß Artikel 15a B-VG**. Ein Leitfaden für die Praxis mit Mustern, Textbausteinen und Erläuterungen. 2015. ISBN 978-3-7003-1944-3 (€ 34,90)
- Bd. 12 **Johannes Warner**, Betteln in Tirol. Vom absoluten Verbot bis zum Versuch einer Regulierung. Eine verwaltungs- und verfassungsrechtliche Bestandsaufnahme und Analyse. 2016. ISBN 978-3-7003-1997-9 (€ 24,00)

SCHRIFTENREIHE POLITISCHE BILDUNG

- Bd. 1 **Peter Pernthaler**, Föderalismus – Bundesstaat – Europäische Union. 25 Grundsätze. 2000. ISBN 3-7003-1324-1 (€ 10,76)
- Bd. 2 **Peter Bundschuh**, Vergleichende Untersuchung der Organisation und Funktion der 2. Kammer im föderalen System. 2000. ISBN 3-7003-1327-6 (€ 10,76)
- Bd. 3 **Peter Bußjäger**, Föderale und konföderale Systeme im Vergleich: Basisdaten und Grundstrukturen. 2004. ISBN 3-7003-1469-8 (€ 9,90)
- Bd. 4 **Anna Gamper**, Legislative and Executive Governance in Austria. 2004. ISBN 3-7003-1504-X (vergriffen)
- Bd. 5 **Peter Bußjäger/Andreas Rosner**, Mitwirken und Mitgestalten – Europa und die österreichischen Länder. 2005. ISBN 3-7003-1564-3 (€ 12,90)
- Bd. 6 **Peter Bußjäger** (Herausgeber), 60 Jahre Länderkonferenzen 1945 – Die Länder und die Wiederbegründung der Republik. 2006. ISBN 3-7003-1582-1 (€ 12,90)
- Bd. 7 **Peter Bußjäger/Ferdinand Karhofer/Günther Pallaver** (Herausgeber), Die Besten im Westen? Die westlichen Bundesländer und ihre Rolle seit 1945. 2008. ISBN 978-3-7003-1703-6 (€ 16,90)
- Bd. 8 **Peter Bußjäger/Ferdinand Karhofer/Günther Pallaver**, Föderalistisches Bewusstsein in Österreich. Regionale Identitätsbildung und Einstellung der Bevölkerung zum Föderalismus. 2010. ISBN 978-3-7003-1751-7 (€ 9,90)

INSTITUT FÜR FÖDERALISMUS

6020 Innsbruck, Maria-Theresien-Straße 38 b

Tel. +43 / 512 / 574594, e-mail: institut@foederalismus.at

www.foederalismus.at

Direktor: Univ.-Prof. Dr. Peter BUSSJÄGER

Kuratorium:

Landesamtsdirektor Dr. Erich WATZL, Oberösterreich

Landtagsdirektor Dr. Wolfgang STEINER, Oberösterreich

Landesamtsdirektor-Stellvertreter Dr. Rudolf Ferdinand WATSCHINGER, Oberösterreich

Dr. Gerald GRABENSTEINER, Oberösterreich

Landesamtsdirektor Dr. Josef LIENER, Tirol

Landesamtsdirektor-Stellvertreter Dr. Dietmar SCHENNACH, Tirol

Dr. Christian RANACHER, Tirol

Landtagsdirektor Dr. Thomas HOFBAUER, Tirol

Landesamtsdirektor Dr. Günther EBERLE, Vorarlberg

Dr. Matthias GERMANN, Vorarlberg

Landtagsdirektorin Dr. Borghild GOLDGRUBER-REINER, Vorarlberg

Dr. Harald SCHNEIDER, Vorarlberg

Das Institut für Föderalismus ist eine Einrichtung der Länder Tirol, Vorarlberg und Oberösterreich. Es befasst sich mit der wissenschaftlichen Forschung auf dem Gebiet des Föderalismus, darüber hinaus will es die Verbreitung und Pflege der Idee des Föderalismus in der Bevölkerung fördern.

Zur Erreichung dieser Ziele gibt das Institut eine Schriftenreihe für wissenschaftliche Veröffentlichungen, einen alljährlichen Bericht über den Föderalismus in Österreich sowie ein periodisches Mitteilungsblatt heraus, veranstaltet Fachtagungen und unterhält eine Dokumentation zum Thema Föderalismus.